

WER FRIEDEN

Platon • Cicero • Russland • Ukraine • NATO • EU

WILL RÜSTE SICH ZUM KRIEG

Inhalt

| | |
|---|----|
| Si vis pacem para bellum – Wer Frieden will rüste sich zum Krieg | 4 |
| Kriegsrechtfertigungen – Alle wollen Frieden und darum gibt es Krieg | 16 |
| Gleich zwei Ostermärsche in Berlin: Wie die ideellen Feldherr*innen für Frieden sorgen wollen | 20 |
| Deutschland im Kriegstaumel – eine Zwischenbemerkung zum Thema Sanktionen | 26 |
| Hört auf, »die Ukraine« und ihre Bevölkerung in einen Topf zu werfen | 28 |
| Putin erklärt den Krieg: Nationalismus in seiner tödlichen Konsequenz | 30 |
| »Wer redet, der schießt nicht« ist Diplomatie und Kriegsdrohung eigentlich ein Gegensatz? | 40 |
| Fußnoten | 46 |

Du kannst diese
Broschüre auch
online lesen,
downloaden,
anhören
und bestellen:
<https://gegner.in>



KONTAKT
info@gegen-kapital-und-nation.org
<https://gegner.in>

IMPRESSUM
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur
Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Absenders.
»Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses
Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter
Angabe von Gründen an den Absender zurückzusenden.

V.i.S.d.P.:
Merle Heinze, Frankfurter Allee 130, 10365 Berlin

Diese Broschüre wird unterstützt vom



Einleitung

Aufmerksame Zeitungsleser*innen konnten bemerken, wie die EU, die NATO und Russland in den letzten 20 Jahren an der Ukraine herumgezerrt haben. Innerhalb der Ukraine hat das schließlich die politische Elite zerrissen. Zuvor haben sich sogenannte pro-russische Regierungen und mehr westlich orientierte Regierungen abgewechselt, ohne dass eine Seite vollends die eigene Linie durchgezogen hat. Das war 2014 mit dem Maidan-Putsch und dem Gegenputsch in den Separatistengebieten vorbei.

Die militärische Weltmacht Russland und der Block des Westens haben nicht erst seitdem – aber seitdem energischer – ihren Interessengegensatz unter Einbeziehung der politischen Akteure in der Ukraine zur Eskalation auf höherer Stufenleiter vorangetrieben.

Alle Regierungen nehmen die Ökonomie und die Leute, über die sie herrschen, jetzt nochmal anders in die Pflicht und opfern sie für die Selbstbehauptung gegen andere Staaten. Sie zerstören mit Waffengewalt und Sanktionen die gegenüberliegende Ökonomie, militärische Einrichtungen und Untertanen, um den feindlichen Staat in die Knie zu zwingen.

Eine wirksame Opposition, die dafür sorgt, dass den Staatsführern die Freiheit genommen wird, solche Schlachtfelder zu organisieren, ist in keinem der beteiligten Länder in Sicht. Der Nationalismus und Rassismus feiert dagegen Feste. Bleibt erst einmal nur die theoretische Auseinandersetzung mit dem Krieg, um eine solche Opposition – hoffentlich, irgendwann – hervorzubringen. Die Ukraine war nicht und wird nicht der einzige Schauplatz der Weltmächte bleiben, um Über- und Unterordnungsfragen zu klären. Deshalb sind die Texte nicht nur dafür hilfreich, das, was in Bezug auf die Ukraine (und in der hiesigen Debatte) passiert, zu verstehen und zu kritisieren.

Die Texte in dieser Broschüre sind ziemlich anlassbezogen zwischen März und Mai 2022 entstanden. Sie greifen unterschiedliche Aspekte der ersten 80 Kriegstage auf und reichen von objektiven Bestimmungen hin zur Kritik von Ideologien. Zum Einstieg werden objektive Gründe für diesen Krieg benannt. Wir analysieren und kritisieren Rechtfertigungen zum Eintritt in den Konflikt und dessen Eskalation, derer sich noch alle Staatschefs (Russland, Ukraine, NATO/USA und EU) bedienen. Und es geht um den Zweck von „Sanktionen“ sowie darum, dass diese in Sachen Grausamkeit nicht weit vom waffenmäßigen Konflikt entfernt stehen. Wir kritisieren, was für eine miserable Rolle der ukrainischen Bevölkerung von allen Seiten praktisch zugewiesen wird. Wir zeigen, dass Putin zum Thema Volk und Vaterland der Ukrainer*innen alle Register des modernen Nationalismus zieht – was man vom Westen, der behauptet, Putin ticke hier völlig veraltet (zaristisch), auch nur zu gut kennt. Und wir fragen nach dem Zusammenhang von Diplomatie und Waffengewalt.

SI VIS PACEM PARA BELLUM

Wer Frieden will rüste sich zum Krieg

»Wer redet, der schießt nicht«, sagt die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. Da könnte man ja mal beruhigt sein, denn so viele Spitzentreffen und Videoschaltungen von Staatschefs aller Herren Länder, wie im Frühjahr 2022, gab es selten. Nur ist der Zusammenhang von Diplomatie und Krieg ein völlig anderer als er von den zuständigen Kriegsherren und -damen immer mal wieder behauptet wird. Diplomatisch teilen sie sich nämlich wechselseitig mit, was sie voneinander wollen und definieren dabei »rote Linien«, bei deren Überschreitung sie gewillt sind, einen Krieg gegeneinander zu führen. Und mitten im Krieg wird weiter verhandelt, wie man aktuell sieht. Über die Gründe, warum Russland und die Ukraine Krieg führen, und die NATO-Staaten die Ukraine militärisch ausrüsten und Russland mit einem »totalen« Wirtschaftskrieg überziehen, geht es in diesem Text. Dafür muss man nicht nach »geheimen« Interessen suchen, die hinter den Kulissen wirken, sondern kann sich ganz auf die offiziellen Verlautbarungen stützen. Die geben alles her, was man zum Verstehen braucht. Freilich muss man da trennen zwischen dem, was sich die Staatschefs wechselseitig mitteilen und dem, was mehr an die eigene Bevölkerung gerichtet ist. Dass die gegnerische Seite lügt, betrügt, alleine aggressiv ist und damit letztlich einfach »böse« ist, das bekommt

jeder in seiner Heimatpropaganda zu hören. Damit weiß man dann nichts über den Krieg, sondern bekommt so mitgeteilt, dass der eigene Staat »gut« ist und gar nicht anders kann als mit Kriegsvorbereitungen oder gleich Kriegshandlungen zu »reagieren«, obwohl er das echt nicht will. Für das Fußvolk sind das also lauter moralische Gründe, dem eigenen Staat die Daumen zu drücken, den andern zu verteufeln, die kommenden wirtschaftlichen Schäden opferbereit anzunehmen oder sich selbst als Kanonenfutter bei der Musterung anzubieten.

Diese Legitimationen des Krieges behandelt dieser Text nur am Rande (der folgende explizit). Hier soll nur dazu aufgefordert werden, sich einmal fünf Minuten die Frage, wer gut oder böse ist, zu verkneifen und sich nüchtern zu fragen: »Was ist hier los?«. Danach kann man sich wieder Fragen widmen, wem man die Daumen drücken will. Wir meinen, dass die Antwort dann ist: »Niemandem!«.

Am 24.02.2022 marschierten russische Truppen in die Ukraine ein. Zuvor hat drei Monate lang eine intensive Diplomatie zwischen Russland und der NATO stattgefunden. Dieser Zeitraum soll noch einmal betrachtet werden, bevor auf die aktuellen Kriegsereignisse eingegangen wird.

Was forderte Russland, was forderte der Westen?

Wechselseitig hatten sich die staatlichen Protagonisten mitgeteilt, was sie voneinander wollen. Diese Forderungen und die Antworten darauf sind hier am Anfang nochmal aufgelistet, um zum einen den Umfang dessen zu beschreiben, was alles eine Rolle spielt und zum zweiten um deutlich zu machen: keine der Forderungen ist neu, sie sind seit langem bekannt. Das ist wichtig festzustellen, weil damit klar ist, dass die potentiellen Kriegsgründe tiefer liegen, als in irgendwelchen konkreten Ereignissen im Frühjahr 2022.

Russland forderte:

- Eine Beendigung der Ostausdehnung der NATO. Mindestens die Ukraine darf nicht NATO-Mitglied werden. Mitgemeint sind aber auch: Georgien, Republik Moldau, Schweden, Finnland.
 - Umsetzung des Minsker-Abkommens, d.h. für Russland vor allem: direkte Verhandlungen mit den Separatisten und Sicherstellung des Autonomiestatus. Der Westen müsse auf die Ukraine Druck ausüben, um dies zu befördern.
 - Stopp der Aufrüstung der Ukraine durch westliche Mächte.
 - Stopp mit der Aufrüstung anderer osteuropäischer NATO-Staaten und der dortigen Abhaltung von NATO-Manövern.
 - Insbesondere Stopp der Stationierung bestimmter Waffensysteme in den osteuropäischen NATO-Staaten – begleitet mit dem Vorwurf, dass damit irgendwelche Verträge der Vergangenheit unterlaufen werden.
- Zusammengefasst ist das in der Forderung nach Sicherheitsgarantien in Europa und für Russland. Hinzu kommen dann Forderungen in Sachen Formfragen:
- Direkte Verhandlungen mit den USA (statt nur mit Deutschland oder Frankreich).
 - Direkte Verhandlungen mit der NATO statt etwa im Rahmen der OECD.

Die Reaktion des Westens:

- Kein Ende der »Open Door Policy«: Wenn ein Staat will und den Antrag stellt, und die NATO-Mitglieder das gut finden, dann bekommt der Staat auch die Perspektive einer NATO-Mitgliedschaft.
 - Russland soll das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen = Rückzug der russischen Truppen aus der Krim, aus der Ostukraine sowie aus Georgien (aus Sicht Russlands: Abchasiens und Südossetiens) und Moldawien (aus Sicht Russlands: Transnistrien).
 - Manöver Russlands in der Nähe der osteuropäischen Staaten müssen aufhören.
 - Insbesondere Stopp der Stationierung bestimmter Waffensysteme an den Grenzen zu den osteuropäischen NATO-Staaten – begleitet mit dem Vorwurf, dass damit irgendwelche Verträge der Vergangenheit unterlaufen werden.
- Wie bereits angemerkt, keine dieser Forderungen von Russland oder der NATO sind neu. Mit ihnen belämmern sich die Kontrahenten seit Jahren. Eine Sache mag eine gewisse Veränderung gewesen sein:
- Die USA bzw. der neue Präsident sprach tatsächlich mehr direkt mit Putin und nahm sich der Sache verstärkt an – ohne einen Kompromiss in der Sache anzudeuten.

Alle Seiten beteuerten, dass sie keinen Krieg wollen. Aber Drohungen wurden reichlich ausgesprochen.

Russland:

»Wir wollen keinen Krieg, wir brauchen ihn überhaupt nicht«¹

Der russische UN-Botschafter wird am 01.02.2022 vom Handelsblatt wie folgt zusammengefasst: *»Russland will nach Angaben seines UN-Botschafters auch dann keinen Krieg in der Ukraine beginnen, wenn die Forderungen nach Sicherheitsgarantien seitens der Nato und USA scheitern sollten. »Ich kann das ausschließen«, sagte der Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, der Agentur Interfax zufolge in New York. Auch wenn die Verhandlungen über die Sicherheit in Europa scheitern würden, werde es keinen Überfall Russlands auf die Ukraine geben. Nebensja hatte den USA in der UN-Sitzung am Montag vorgeworfen, einen Krieg in Europa herbeireden zu wollen. Russland sieht sich durch US-Waffen und die Nato bedroht und fordert deshalb Sicherheitsgarantien. Zugleich schließt die Führung in Moskau ein Eingreifen im Konflikt um die Ostukraine nicht aus, sollte Kiew mit einer Militäroperation versuchen, sich die abtrünnigen Gebiete im Donbass mit Gewalt zurückzuholen. Russland könnte unter Berufung auf seine Militärdoktrin zum Schutz seiner Bürger dort einmarschieren.«*

Der russische UN-Botschafter tat kund, dass die Forderungen an die NATO nicht mit einer Kriegsandrohung verbunden sind, um am Ende ein ABER einzufügen:

Mit der Militäraktion seitens Kiews gegen die Ostprovinzen hatte Russland freilich einen recht dehnbaren Kriegseintrittsgrund ausgesprochen: Denn, dass die Regierung in Kiew die abtrünnigen Republiken zurückholen will, dafür auch Militär einsetzt und sich aufrüstet, war klar. Dass an der Konfliktlinie ständig Kriegshandlungen durchgeführt wurden, ist Fakt.

Auf dieser Grundlage war von Russland sehr wohl eine Kriegsandrohung ausgesprochen. Und die Frage, wann Russland meint, dass die Ukraine die Ostprovinzen mit Militäroperationen zurückholen will, ist damit schlicht in die Entscheidungshoheit Russlands gesetzt. Russland hätte das schon vor einigen Jahren als Fakt feststellen können oder erst in näherer oder fernerer Zukunft. In der Verbindung von Forderungen an die NATO mit diesem dehnbaren zu interpretierbaren Kriegseintrittseignis, machte Russland dem Westen deutlich: Reagiert auf unsere Forderungen, sonst nehmen wir uns die Freiheit, die Lage in der Ukraine nicht nur indirekt vermittelt über Waffenlieferungen an die Separatisten, sondern direkt mit der russischen Militärmacht entscheidend zu ändern.

Die NATO:

»NATO does not seek confrontation«²

Die NATO wollte und will also auch keinen Krieg, aber »verteidigen« wollen sie einiges und das mit deutlicher Vorwärtsbewegung. Hier gingen die Standpunkte innerhalb der NATO aber auch ein wenig auseinander.

Niemand wollte Russland jetzt angreifen. Aber an einer Aufrüstung Osteuropas inklusive neuer NATO-Staaten, die irgendwann erlaubt, sich aus einem atomaren Patt herauszuarbeiten und einen Krieg gegen Russland durch Überlegenheit in diversen Waffensystemen ohne immense Kollateralschäden realistisch gewinnbar zu machen, daran arbeiteten mit Hochdruck die USA, Polen und die baltischen Länder.³ Alle europäischen Staaten arbeiteten daran mit, aber mit leicht angezogener Handbremse – dazu gleich mehr. Wobei hier schon anzumerken ist, dass Deutschland mit dem Beschluss, 100 Mrd. Euro extra in seine Aufrüstung zu investieren, die Handbremse gelockert hat.

Die Ukraine ließ sich gerne aufrüsten von ihren erhofften NATO-Partnern in spe. Die USA, Großbritannien und die baltischen Staaten kamen dem Begehren mit Verve nach. Andere Länder waren da vorsichtiger (auch dazu gleich mehr) und sind es jetzt kaum noch.

Die NATO-Position war aber klar: Direkt wird sie die Ukraine bei einer militärischen Aktion Russlands nicht unterstützen. Wenn die Ukraine zu einem noch größeren Schlachtfeld werden sollte, und dieser Fall ist nun eingetreten, dann war nur eins versprochen: harte Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis hin zur Drohung mit der wirtschaftspolitischen »Atombombe«: dem Ausschluss aus dem SWIFT-System, also dem Ausschluss aus dem in Brüssel beheimateten internationalen Zahlungssystem, mit dem weltweit die Überweisungen der Privatbanken gemacht werden. Unmittelbar wäre damit Russland aus fast jedem internationalen Handel ausgeschlossen.

Hinsichtlich der Wirtschaftssanktionen war vor allem Europa selbst gefragt und dann betroffen. In dieser Hinsicht waren einige Staaten zunächst zögerlich, insbesondere Deutschland mit seinem Nord Stream 2-Projekt. Vieles drehte sich um die Disziplinierung dieser NATO-Partner durch die USA unter Anfeuerung seiner europäischen Scharfmacher. Mittlerweile ist der Westen hier fast eine geschlossene Einheit.

Den Forderungen Russlands in Hinsicht »Hört auf, Osteuropa aufzurüsten« begegnete die NATO vor dem 24.02.2022 mit geschlossener und demonstrativer zusätzlicher Truppenverlegung in diese Gebiete und tut es auch danach. Hier sind fast alle Mächte engagiert mit dabei.

Für welchen Frieden sind alle Seiten jeweils bereit einen Krieg zu führen bzw. aktuell: die Ukraine führen zu lassen?

Sowohl Russland als auch der NATO geht es um nicht weniger als die Friedensordnung in Europa. Beide setzen das gleich mit einer »Sicherheitsarchitektur«. Den Frieden gibt es also nur, wenn die Waffengewalt, die alle Seiten mobilisieren, richtig abgestimmt und richtig eingesetzt wird. Und was »richtig« ist, darüber gehen die Positionen aufgrund der nationalen Interessenlagen auseinander. Zwischen Russland und der NATO prinzipiell, aber auch zwischen den NATO-Staaten selbst, gibt es nicht unerhebliche Unterschiede.

Nicht wenige Kriege in letzter Zeit legitimierte der Westen mit den Menschenrechten. Das Volk müsse gegen einen Diktator oder ein Unrechtsregime unterstützt und verteidigt werden. Gegen diese Kriege hat dann Russland immer das Selbstbestimmungsrecht der Völker hochgehalten (Jugoslawien, Syrien). Hier in der Legitimationsschlacht um die aktuelle Friedensordnung in Europa stellt die NATO hingegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker heraus, wenn sie von Russland verlangt, dass Entscheidungen von Regierungen, sich der NATO anzuschließen, respektiert werden müssten (wobei man sich klar machen muss, dass dann letztlich die NATO entscheidet, ob der NATO-Beitritt auch Wirklichkeit wird).

Die Menschenrechte oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker sind zwar keine inhaltsleeren Formeln, sie sind durchaus Prinzipien der internationalen Weltordnung. Aber internationale Vereinbarungen werden von Staaten eben beachtet oder nicht. Und niemand als Staaten selbst sind die Richter, ob die Verletzung des einen oder anderen Prinzips vorliegt. Letztlich kommt es im konkreten Fall auf die wirtschaftspolitische und militärische Wucht der Staaten an, ob das eine oder andere Prinzip zur Geltung kommt oder die Verurteilung eines Staates überhaupt irgendeine praktische Konsequenz nach sich zieht. Auf jeden Fall eignen sich die Prinzipien, um einen Krieg wahlweise ins gute oder schlechte Licht zu rücken.

Hinsichtlich der Ordnung in Europa macht Russland bei dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht unbedingt mit. Dort, wo durch einen Aufstand, wie dem Maidan, die alte Regierung abgesetzt wurde, erkennt Russland die neue Regierung nicht ohne weiteres an. Letztlich bestreitet es überhaupt, dass eine Regierung sicherheitspolitisch machen kann, was sie will, ohne die Sicherheitsinteressen Russlands zu beachten und wirft der Ukraine und NATO vor, selber völkerrechtliche Verträge gebrochen zu haben. Mit militärischen Mitteln hat es der friedlichen Osterweiterung der NATO im Fall der Ukraine bereits Knüppel zwischen die Beine geworfen. In Moldawien und Georgien wiederum unterstützt Russland schon länger Provinzen, die sich gegen eine West-Orientierung auflehnen. Am 21.02.2022 erkennt Russland Luhansk und Donezk im Osten der Ukraine als unabhängige »Volksrepubliken«, also quasi als eigene Staaten an und beendet damit offiziell die Minsker Vereinbarungen. Mit dem 24.02.2022 hat Russland den Übergang gemacht, mittels militärischen Einmarsch einen Regime-Change in der kompletten Ukraine durchzuführen. So will es die NATO- und EU-Erweiterung auf dieses Gebiet verhindern.

Um die Gemengelage aufzudröseln, lohnt es sich diesmal bei der EU anzufangen:

Die EU und die friedliche Erweiterung gen Osten

Die Auflösung der Sowjetunion beinhaltete die Gründung vieler neuer Staaten und die Loslösung der Ostblockstaaten aus alten Verbindlichkeiten. In der Kalkulation der diversen kommunistischen und anderer neuer Parteien, aber vor allem in Russland, wurden die alten zwischenstaatlichen ökonomischen Regeln der sozialistischen Länder (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe - RGW) als Ballast für die neuen kapitalistisch orientierten nationalen Aufbruchsprogramme verbucht. Zugleich wurde auf die alten Verflechtungen der Ökonomien so spekuliert, wie es sich für kapitalistisch orientierte Staaten gehört: Sie sind Material, um der nationalen Wirtschaft Vorteile herauszuholen, im Zweifelsfall auf Kosten der anderen Nation.

Dies und die Umstellung der ehemaligen Planwirtschaft auf eine kapitalistische Wirtschaft hat erstmal viel nationale Ökonomie kaputt gemacht. Gerade neu gegründet oder aus den alten Verpflichtungen entlassen, sind alle Staaten ein Fall für den IWF geworden.

Hier haben die EU-Staaten Potential gesehen. Nach und nach wurde den Staaten in diversen Erweiterungswellen der EU folgendes Angebot gemacht:

Arbeite darauf hin, bei uns Mitglied zu werden. Dafür musst du alle Regeln der EU, die es schon gibt, als Komplettpaket übernehmen. Das hat den Vorteil, dass dann das Kapital aus der EU (wenn es will) zu dir kommt. Der Preis dafür: Du musst die Freihandels- und Produkt-Standard-Regeln der EU übernehmen, was unvereinbar ist mit deinen alten ökonomischen Beziehungen zu deinen weiter östlich gelegenen Nachbarn. Denn wer Teil des Binnenmarktes der EU ist, darf keine eigenständige Zollpolitik mehr machen, sondern muss gegenüber den Nicht-EU-Ländern die von der EU festgelegten Zölle beachten. Kompromisse sind ausgeschlossen – so funktioniert »nunmal« die EU. Wenn sich die Staaten darauf eingelassen haben, dann haben sie damit den Druck auf die weiter östlich gelegenen Partner erhöht. Immer ist bei denen ein weiteres Stück nationaler Ökonomie darüber kaputtgegangen, dass der Nachbar der EU beigetreten ist und damit zugleich die bisherigen Handelsregeln gekündigt waren. Das ist dann eine gute Grundlage für das Angebot der EU an diese Nachbarn gewesen.

Ein EU-Beitritt (bzw. das Hinarbeiten darauf) ist ziemlich gleichbedeutend mit einem NATO-Beitritt. Das ist ein weiterer »Vorteil«, den die EU als Angebot in die Waagschale werfen kann.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die mit der EU-Mitgliedschaft winkt, ist ein Vorteil für Staaten, die darauf spekulieren, zumindest Devisen (= Weltgeld wie Euro oder Dollar) über die Überweisungen der Arbeitsmigrant*innen in die Heimat zu bekommen. Für viele lohnabhängige Menschen erscheint die Freizügigkeit wie eine Verheißung, weil sie in Massen arbeitslos geworden sind aufgrund der Umstellung der realsozialistischen Planwirtschaft hin zur freien Marktwirtschaft.

Zumindest bei Teilen der Bevölkerung (insbesondere Studierenden) wird zudem die VISA-freie Bewegung in der EU und die Durchsetzung gewisser Rechtsstandards in Sachen Meinungsfreiheit so verstanden, dass »Go West« eine gute Sache ist. Das sei hier erwähnt, weil das für die »Maidan«-Aufstände eine Rolle spielt.

Ganz im Osten hat die EU mit ihrem Verfahren der friedlichen Eroberung Osteuropas gewisse Probleme. In der Ukraine, Weißrussland, der Republik Moldau und Georgien gibt es nennenswerte Anteile der politischen Elite und auch in der Bevölkerung, die nicht ohne weiteres überzeugt sind, sich der EU umstandslos anzuschließen. Im Westen wird das als »Schaukelpolitik« bewertet. Selbst wenn eine als »prowestlich« betitelte Regierung an der Macht ist, kann sie sich nicht durchringen, sich umstandslos Pro-EU zu entscheiden, weil das mit einem Bruch der ökonomischen Beziehungen zu Russland gleichbedeutend ist (wegen des jeden Kompromiss ausschließenden Angebots der EU – Übernahme aller EU-Regeln). Oft profitieren die Staaten insbesondere von vergleichsweise billigem Öl und Gas aus Russland.

Russland hat diesen Staaten aber ökonomisch auch keinen Entwicklungsweg zu bieten, so dass die Regierungen im nationalen Interesse immer zwischen Russland und der EU hin und her lavieren.

In dieser Gemengelage kommt es zu sogenannten »Volksaufständen«, die der Westen als gerechtfertigt anerkennt, mit Infrastruktur und sobald an der Macht, mit Geld und schließlich mit Waffenlieferungen unterstützt.

Und hier ist Russland mehrfach militärisch reingegrätscht. Es hat diejenigen Landesteile, die sich mehr pro-russisch fühlen, militärisch unterstützt. Im Fall Weißrussland unterstützt Russland gleich die Regierung.

Jede EU-Erweiterung war ökonomisch ein Abtrag an Russlands Interessen. Immer mehr Staaten wurden aus den gewohnten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen herausgebrochen. Das ist schon Grund genug für Russland, der EU-Osterweiterung ablehnend gegenüber zu stehen. Ein noch stärkerer Grund für die Ablehnung ist aber die Verknüpfung von EU = NATO.

Mit der militärischen Unterstützung bestimmter Teilgebiete von Staaten hat Russland damit folgendes klargestellt:

Die »friedliche« Eroberung Osteuropas, die Russlands Interessen entgegensteht, beruhte einerseits auf der ökonomischen Überlegenheit der EU bzw. ihrer potenten Nationalökonomien. Die EU-Staaten konnten gemeinsam ökonomische Angebote für und Notlagen bei anderen Staaten herstellen, die auszuschlagen für die ehemaligen Ostblockstaaten einfach nicht drin waren, während Russland hier außer vergünstigtes Gas und Öl kaum etwas entgegen stellen konnte.

Andererseits: Frechheiten gegen Russland konnte sich die EU und auch die östlichen EU-Anwärter auch nur erlauben, weil und solange die Konkurrenz der Waffen nicht zum Tragen kam. Ganze Staaten mit Hilfe ökonomischer Angebote und Erpressung geopolitisch an sich zu binden, beruhte schon die ganze Zeit darauf, dass Russland die Freiheit eines Nachbarstaates zu tun und zu lassen, was er will, respektiert.

Das ist die eine Grundlage des Friedens und der Sicherheitsarchitektur, die insbesondere die EU in Europa will. Nur so kann die EU ihre »Soft Power« machtvoll entfalten.

Russland

Russland hat mit Georgien, Moldawien, der Ost-Ukraine und schließlich mit der Annexion der Krim der EU vor Augen geführt, worauf ihr Eroberungsweg beruhte: Friedlich geht es nur voran, wenn der Gegner die Frechheiten aushält, weil er davon absieht, seine ökonomische Unterlegenheit durch eine militärische Überlegenheit zu kompensieren.

Russland hat da eine Weile nur klagend zugehört, mit Putin an der Macht dann aber einen Strategiewechsel vollzogen. Russland hat zwar kein alternatives Wirtschaftsblock-Konzept, das es mit der Wucht in Sachen Angebote und Erpressung mit der EU aufnehmen könnte und so Osteuropa wieder an sich binden könnte. Russland hat aber aufgrund der sowjetischen Geschichte (denn im Grunde ist es ein Widerspruch, dass ausgerechnet ein kapitalistisch schwaches Land die Militärmacht Nr. 2 in der Welt ist) einen Trumpf und leitet daraus einen Anspruch ab:

Ein Land – etwa die Ukraine – darf seine eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Interessen eines anderen Staates – also Russlands – festigen. Darauf habe Russland ein Recht und dieses Recht habe die Ukraine, die EU und die NATO anzuerkennen.

Dieses Prinzip ist die russische Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur für Europa, die der europäischen und NATO-mäßigen Art diametral entgegensteht.

USA

Die USA verfolgen wirtschaftspolitisch einerseits ein ähnliches Konzept wie die EU, nur auf globalem Maßstab: Auf Grundlage der ökonomischen Potenz (insbesondere als Stifter des Weltgeldes Dollar) der Staatenwelt Angebote machen und in Notlagen reinbugsieren, damit diese die Freihandelsregeln (institutionalisiert in der Welthandelsorganisation) übernehmen. Freihandel, da war sich die USA sicher, würde dem US-Kapital gute Wachstumsbedingungen in der Welt schaffen und damit die Überlegenheit in der weltweiten Konkurrenz immer wieder herstellen.

Wo sich souveräne Staaten dem Dialog über die wirtschaftliche Benutzung prinzipiell entziehen wollten (und das hat der ehemalige Ostblock getan), da ging die USA dazu über, kriegerisch eine Änderung der dortigen Staatsräson zu erzwingen. Damit ist für die USA folgende Gleichung zur Staatsräson geworden: Um in der Staatenwelt Regeln durchzusetzen, die dafür sorgen, dass sich die Überlegenheit des US-Kapitals immer wieder herstellt, muss man als Nation zugleich die militärisch überlegende Macht sein.⁴

Und in dieser Hinsicht gab es nach dem Wegfall des ehemaligen Ostblocks einen ganz anderen Blick auf die europäischen EU-Erweiterungsbemühungen: Sie sind gut, weil die helfen, einen gewichtigen Störfaktor zu schwächen: die militärische Weltmacht Russland, das bislang einzige Land, das militärisch noch soviel Kapazitäten hat, dass gegen dieses ein Krieg nicht ohne immensen Kollateralschaden zu gewinnen wäre.

Exkurs zu den verschiedenen Politiken der US-Präsidenten

Obama hat Russland als »Regionalmacht« bezeichnet. Das war natürlich nicht die Wahrheit des Zustandes, sondern drückte einen Anspruch aus, was der richtige Zustand für Russland wäre und den die USA herbei führen sollte.

Trump hat einen anderen Blick auf die Sache geworfen. Für ihn war die EU und insbesondere Deutschland ein Gegner, weil diese die ökonomische Überlegenheit der USA nicht umstandslos reproduzieren, sondern ankratzen würden. Deutschland nutze die Regeln, die die USA für sich in die Welt gesetzt hat, schamlos aus. Und militärisch wolle Deutschland dann nichts beisteuern. In diesem Lichte hat er folgende Linie verfolgt: Soll Europa doch selbst mit seiner Raumergreifung gen Osten klar kommen. Dafür werden keine US-Steuern mehr verschwendet. Die braucht man vor allem im Kampf gegen China.

Freilich wurden auch unter Trumps Herrschaft die militärischen Fähigkeiten der USA massiv weiterentwickelt und so kann Biden die alte Linie gegenüber Russland wieder bruchlos auf die Tagesordnung setzen: »*NATO remains firmly committed to the fundamental principles and agreements underpinning European Security.*«⁵

USA und EU

Die EU braucht für ihr Eroberungsprogramm die NATO, und hiermit ist wesentlich die USA gemeint. Die USA brauchen für ihr Programm der unbestrittenen militärischen Überlegenheit die EU-Erweiterung als Schwächungsmittel für Russland. Aus dieser Interessenidentität ergibt sich das gemeinsame Auftreten und Handeln.

Prinzipiell war die EU aber immer schon gedacht als ein Mittel der Mitgliedsstaaten (insbesondere der zentralen Mächte Deutschland und Frankreich) sich langfristig von der USA zu emanzipieren. Insofern ergibt sich für Deutschland und Frankreich eine unangenehme Seite: Sobald es bei der EU-Erweiterung um militärische Fragen ge-

genüber Russland geht, liegt die Handlungsfähigkeit voll bei den USA. Diese bestimmen dann den Takt – das hat man bei Trump bemerkt, das merkt man jetzt bei Biden.

Unterhalb des Projektes – keine Kompromisse mit Russland bei der EU-Osterweiterung – ergibt sich das Ungemach: Die Kontrolle über die Eskalation mit Russland hat man gar nicht in der Hand. Aus diesem Widerspruch des EU Projektes ergaben sich dann die relativen Uneinigkeiten im NATO-Bündnis – die derzeit allerdings in der Prioritätensetzung allseitig zurückgestellt wurden: Macron sagte, dass man die Sicherheitsinteressen Russlands auch verstehen könne. Zugleich betätigt sich Frankreich als größter Waffenlieferant an die Ukraine und wird nicht müde zu betonen, dass Europa (unter der Führung Frankreichs) militärisch eigenständig gegenüber der USA werden müsse.

Deutschland wollte keine »Angriffswaffen« in die Ukraine liefern. Deutschland wollte in der Androhung wirtschaftlicher Sanktionen am liebsten Nord Stream 2 raushalten. Die EU ist die zentrale Machtbasis für die ökonomische Weltmacht Deutschland. Dass aber die USA und Frankreich darauf drängen, auf ihre Weise die EU militärisch abzusichern, gefällt Deutschland nicht so sehr, weil der Führungsanspruch dann nicht bei ihm liegt. Hier sucht Deutschland sich durch eine neue Aufrüstungsanstrengung aus dem Drangsal zukünftig ein wenig mehr zu befreien.

Und: Jede geopolitische Über- und Unterordnungsfrage verästelt sich weiter. Polen und die baltischen Staaten sehen dort, wo die USA sich deutlicher einmischte, wiederum eine Gelegenheit, um Deutschland und Frankreich deutlich zu machen: Innerhalb der EU wollt ihr Führungsmächte sein, das erkennen wir aber nicht grundsätzlich an.

Großbritannien steht traditionsgemäß der USA mehr zur Seite als Deutschland und Frankreich. Diese Stellung war schon immer der Versuch, die Hegemoniefrage in Europa mehr zugunsten Großbritanniens zu ändern. Mit dem Brexit folgt das Vereinigte Königreich dieser Strategie umso mehr und betätigt sich als Anheizer gegen Russland.

Mit dem aktuellen Krieg gibt es neue (Unter-) Kriegsziele und Forderungen

Russland

Mit der Anerkennung der Volksrepubliken sagt Russland: Es gibt zwei neue Staaten. Russland unterstützt damit – aus seiner offiziellen Sicht – nicht mehr zwei Bürgerkriegsparteien innerhalb der Ukraine, sondern zwei Staaten gegen die Rest-Ukraine. Die Blaupause für diesen Schritt bildet im Grunde die Zerlegung Jugoslawiens, z.B. die Anerkennung Kroatiens durch Deutschland. Angesichts einer Regierung in Kiew, die auf die Unterwerfung der Volksrepubliken und der Krim unter die Zentralgewalt in Kiew besteht, ist der Schritt Russlands durchaus als Festigung der voran gegangenen Strategie zu sehen: Solange die NATO sich an das selbstgewählte Prinzip hält, nach dem ein Land, das sich im Bürgerkrieg oder Krieg befindet, nicht aufgenommen wird, wird die Ukraine kein NATO-Mitglied.

Hinzu kommt, dass Russland, wie die bisherigen Selbstverwaltungen auch, die neu zu gründenden Staaten den Grenzen nach an die Verwaltungsbezirke Donezk und Luhansk ausrichtet, die dreimal so groß sind, wie die seit 2014 von den Separatisten militärisch kontrollierten Gebiete. An der Kontaktlinie, die durch diese neu beanspruchten Gebiete geht, hatte die Kiewer Regierung nach eigenen Angaben 40.000 Soldaten stationiert. Diese müssen entwaffnet, vertrieben oder getötet werden, damit die Staaten das werden, was sich Russland und die Selbstverwaltung unter den neuen Staaten vorstellt.

Für den Rest der Ukraine hat Russland mutmaßlich das Ziel, einen Regime-Change durchzuführen. Gegenüber seiner Bevölkerung sagt Putin, dass es um die »Demilitarisierung und Entnazifizierung« der Ukraine geht. Gen Westen sagt Russland:

»Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu warf der Ukraine laut der Agentur Interfax seinerseits vor, Zivilisten als Schutzschilder zu benutzen. Er bekräftigte, Russland sei entschlossen, die ›Spezialoperation‹ fortzusetzen, bis das gewünschte Ziel erreicht sei. Das Wichtigste sei, Russland ›vor der militärischen Bedrohung durch westliche Länder zu schützen, die versuchen, das ukrainische Volk im Kampf gegen unser Land einzusetzen«, sagte Schoigu.«⁶

Russland hat also offenbar vor, die aktuelle Regierung in Kiew zu stürzen, bzw. eine (neue) Regierung nur unter der Vorgabe zuzulassen, dass sie die Krim als Teil Russlands und die Volksrepubliken als eigene Staaten anerkennt und darüber hinaus von dem Ziel Abstand nimmt, NATO-Mitglied zu werden.

Folgender Wechsel hat also stattgefunden: Russland bedroht die Ukraine nicht mehr, wie vor dem 21.02.2022, mit grenznahen Militärmanövern, um die NATO dazu zu bewegen, ihre Pläne bezüglich der Ukraine fallen zu lassen und auf die Kiewer Regierung Einfluss zu nehmen. Es will stattdessen mit eigener militärischer Stärke für eine Ukraine sorgen, deren Staatswesen nicht mehr russlandfeindlich ist und daher die NATO draußen hält. Zugleich ist diese Aktion als eine Machtdemonstration gedacht. Wenn die NATO alle Anträge Russlands bezüglich der Sicherheitsarchitektur vor der Haustür Russlands zurückweist, dann behauptet Russland sich als militärische Weltmacht nur, wenn es zeigt: Ich muss auf die NATO keine Rücksicht nehmen. Begleitet wird dieser Krieg mit einer großen Drohung an den Westen: Sollte die NATO sich nicht raushalten, dann ist Russland bereit, seine Atommacht einzusetzen. Hier konkretisiert Russland bislang nicht, was die roten Linien exakt sind.

Der Westen

Der Westen hält die Anerkennung der Volksrepubliken im Fall Ukraine für einen klaren Bruch des Völkerrechts. Die Regierung in Kiew ebenso. Der Einmarsch der russischen Truppen ist für sie ein Angriffskrieg, also ebenso ein Völkerrechtsbruch.

Mit diesen Verurteilungen stellt die NATO klar, dass sie gedenkt, alle Wirkungen der russischen Macht rückabzuwickeln.

Diese Kriegsansage an Russland wird Eigentümlich umgesetzt. Wirtschaftspolitisch wird fast alles aufgefahren, was der kapitalistische Westen an Sanktionen auffahren kann. Das Ziel ist klar: Die russische Ökonomie soll kaputtgehen. Das hat einen doppelten Charakter: Einerseits soll Russland aufgrund der wirtschaftlichen Schäden zu Hause irgendwann einknicken. Andererseits sollen die Schäden nachhaltig genug sein, dass sie das allgemeine Ziel der NATO, nämlich die Herabstufung Russlands von einer Weltmacht auf eine Regionalmacht, kräftig vorantreiben.

Mit eigenen Soldaten und Flugzeugen in den Krieg in der Ukraine eingreifen wollte die NATO vor dem 24.02.2022 nicht und will sie aktuell nicht.

Auf einer abstrakten Ebene erkennt die NATO Russland als militärische Weltmacht an. Sie will nicht mit eigenen Soldaten und eigenem Kriegsgerät in den Ukraine-Konflikt eingreifen. So versteht sie die rote Linie von Russland. Ansonsten liefert sie Kriegsgerät in die Ukraine und feuert die Ukrainer im Freiheitskampf ordentlich an. Damit betreibt die NATO ein Stück unmittelbare Schwächung der russischen Streitmacht, indem ihre Kräfte in der Ukraine womöglich auf länger gebunden und abgenutzt werden und ihr ein »Afghanistan« bereitet werden soll, so dass Russland sich irgendwann wieder rauszieht, nach massiven Verlusten.

Ob die NATO mit ihrer Interpretation der roten Linie von Russland bezüglich des Einsatzes von Atomwaffen richtig liegt, wird man sehen.

Die Ukraine

Die Regierung in Kiew mobilisiert alle Männer im Alter von 18-60 Jahren für den Krieg und verhängt ein Ausreiseverbot für diese Gruppe. Die Regierung ist ernsthaft bereit, die Männer für eine »unabhängige Ukraine«, die sich in die EU und NATO einordnet, zu opfern. Die Forderung nach einem größeren Engagement des Westens durch die Einrichtung einer NATO-gewährten No-Fly-Zone über der Ukraine werden von der ukrainischen Regierung (und ihren diplomatischen Vertreter*innen) laut und vehement gestellt – bislang erfolglos. Der ukrainischen Regierung ist die Existenz des eigenen Staates mit westlicher Ausrichtung offensichtlich so wichtig, dass sie dafür eine direkte Konfrontation zwischen Russland und der NATO geradezu herbeiwünscht – obgleich das kriegerische Ergebnis einer solchen Konfrontation sicherlich nicht viel vom Staat Ukraine – und vermutlich auch von umliegenden Staaten – übrig lassen würde. Unterhalb der bislang erhaltenen Abfuhr vom Westen was das angeht, stellt sich die ukrainische Regierung auf einen langjährigen, vom Westen unterstützten konventionellen und Guerillakrieg ein.

Was nun?

Russland, Deutschland, die USA sind Staaten, die ihre Macht aus den Geldgeschäften bei sich ziehen. Um diese zu verbessern und das Ausland dafür in Beschlag zu nehmen, gehen sie internationale Verträge ein, die auf Kosten des Interesses anderer Staaten gehen. Daher müssen diese Verträge (und entsprechende Bündnisse) militärisch abgesichert werden und die Interessenkollisionen heben sich auf die Ebene der Konkurrenz der Waffen, was wiederum einschließt, dass die militärischen Bündnisse mit Gewalt abgesichert werden müssen. Das ist der allgemeine Grund für die eskalierende Kriegslage in der Ukraine. Sie ist ein Stellvertreterschauplatz für Rechte in der Welt, die die Staaten für sich beanspruchen und von den Kontrahenten anerkannt haben wollen. Hier geben und nehmen sich die Kontrahenten nichts und eine Parteilichkeit ist völlig fehl am Platze. Gegen lauter Gesellschaften, deren Produktionsweise auf der Unterordnung fremder Staatsgewalten beruht, spricht dagegen einiges.

Für das deutsche Publikum, das sich in Sachen Hetze gegen Russland und Parteilichkeit für den deutschen Standpunkt gerade besonders hervor tut, sei noch einmal betont:

Eine deutsche Regierung (egal in welcher Konstellation), die sich rühmt, dass die deutsche Wirtschaft mal wieder irgendwo Weltmeister ist oder werden soll, eine Technologieführerschaft hat oder anstrebt, für die neue Wasserstoffstrategie ganze Weltregionen als Rohstoff-Zulieferer einplant, mit dem Euro ein Weltgeld platzieren will – eine solche Regierung weiß, dass sie das gegen China und die USA nur mit der EU zuwege kriegt. Dazu die allseits geschätzte Alt-Bundeskanzlerin Merkel:

»Scheitert der Euro, scheitert Europa. (...) ich sage, dass wir damit mittel- und langfristig Schaden nehmen würden. Wir würden Schaden dahingehend nehmen, dass wir kein relevanter Faktor mehr in der Welt wären (...). Wir werden, obwohl wir sowieso schon ein immer kleinerer Teil der Welt werden, nicht mehr die Bedeutung haben, dass wir uns durchsetzen können mit dem, was uns wichtig ist. Deshalb ist der Gedanke eines einigen Europas von so großer Bedeutung.« (Rede von Merkel auf dem Festakt zum 70-jährigen Bestehen der CDU, 29.06.2015)

Merkel will, dass Deutschland ein relevanter Faktor in der Welt bleibt, also eine Weltmacht. Das geht für sie nur mit der EU. Nur so kann Deutschland sich durchsetzen. Und genauso sieht es die aktuelle Regierung.

Und die weiß, dass Deutschland die EU nur mit der NATO zu Wege bekommt. Dieses nationalistische Projekt tritt natürlich an für »Frieden und Freiheit«. Was auch sonst? Globalen Frieden für die Freiheit des deutschen Staates, seine Interessen durchzusetzen, darunter die Freiheit der deutschen Wirtschaft die Welt als Markt für sich zuzurichten. Das Projekt schließt den Krieg auf die eine oder andere Weise ein.



Ein Buch (260 Seiten) von den Gruppen gegen Kapital und Nation. Dritte überarbeitete Auflage

Zu bestellen gegen Spende (ca. 3€ plus Porto) auf <https://gegner.in>

Download als PDF oder Ebook umsonst.



Generelle Hinweise:

Die Gruppen gegen Kapital und Nation sind in diesen Städten aktiv: Berlin, Bremen, Graz, Frankfurt a.M., Freiburg, Hamburg, Hannover, London, Nürnberg, Salzburg

Es gibt Veranstaltungen und Texte zu den Themen:

- Biologismus
- EU und europäischer Nationalismus
- Faschismus
- Gesundheits- und Drogenpolitik
- Internet
- Kapital und Lohnarbeit
- Krieg und Frieden
- Kritik der Linken
- Nation und Nationalismus
- Rassismus und Antisemitismus
- Realsozialismus
- Religion
- Staatstheorie
- Sexismus
- Schule und Bildung

Folgende Broschüren gibt es von uns:

- Das Krisenprogramm der AfD
- Wenn Patriot*innen die AfD kritisieren
- Über Schiedsgerichte in Freihandelsabkommen
- Das staatliche Strafen
- Finanzkrise 2008 ff.
- Gentrification
- Nationalismus und Imperialismus:
Zum Beispiel Nordafrika
- Staatsverschuldung und die Krise im Euroraum
- Texte gegen den Wissenschaftsbetrieb
- Texte zum Realsozialismus und Maoismus
- Wikileaks Bitcoin Copyleft
- Will das Kapital die Löhne immer nur senken?

<https://gegner.in>

info@gegen-kapital-und-nation.org

We provide some of our texts in English:

<https://antinational.org/en>

Broschüren zum Verteilen hier umsonst bestellen:

Wenn du diese oder obige Broschüren verteilen oder an Orten (Cafes, Buchläden, Juzis) auslegen willst, schicken wir sie dir gerne zu. Kontaktiere uns über info@gegen-kapital-und-nation.org

Alle wollen Frieden und darum gibt es Krieg Kriegsrechtfertigungen

Im Krieg lassen die Staatsführungen ihre Untertanen gegeneinander antreten. Letztere sollen ihre Existenz in der Schlacht aufs Spiel setzen, um die Interessen des Staates gegen einen anderen Staat durchzusetzen. Die Besonderheit des aktuellen Krieges liegt darin, dass die NATO als Kriegspartei offiziell keine Kriegspartei sein will. Bislang schickt sie ihre Waffen nicht mit eigenen Soldaten ins Gefecht. Zugleich betont das Kriegsbündnis, dass die eigene »Freiheit« von Russland angegriffen wird, setzt umfangreiche Wirtschaftssanktionen um und beliefert die Ukraine mittlerweile nicht mehr nur mit »leichten« Waffen, um den Sieg Russlands möglichst schwer zu machen, sondern mit schweren Waffen, um den Sieg Russlands zu verhindern.

Der Grund eines Krieges liegt in den außenpolitischen Staatsinteressen, von denen die Führer*innen meinen, dass sie sich ausschließen. Davon zu unterscheiden sind die Kriegsrechtfertigungen, die eine doppelte Funktion haben: Erstens teilen sich die Staatsführer*innen wechselseitig mit, was sie von den anderen wollen, aber in einer ideologischen Form. Diese Ansagen richten sich insbesondere an die unmittelbare Gegner*in, zugleich an die übrige Staatenwelt. Zweitens richten sich die Kriegslegitimationen an die eigene Bevölkerung, die aufs Mitmachen eingeschworen werden soll. Die Verkehrtheit gängiger Kriegsrechtfertigungen und ihr Zweck sollen in einer Textreihe aufgezeigt werden, die hier zu finden ist: <https://gegner.in>. Als Material dienen Aussagen der wichtigsten Protagonisten Putin, Selenski, Scholz und Biden. Dass sie alle dieselben Argumentationen bemühen, könnte einem zu denken geben. Der erste Teil der Reihe ist hier in der Broschüre abgedruckt und hat folgendes Thema:

**Alle Seiten in diesem Krieg behaupten, dass die anderen angefangen haben.
Alle Seiten behaupten, dass sie nur den Frieden wollen, den die andere Seite verhindern will.**

»Die Ukraine will Frieden. Europa will Frieden. Die Welt sagt, sie will nicht kämpfen, und Russland sagt, es will nicht angreifen. Einer von uns lügt.« (Selenski am 19.02.2022)⁷

Kurz vor dem Einmarsch russischer Truppen am 24.02.2022 spießt der ukrainische Präsident die Eigentümlichkeit auf, dass mitten in der Eskalation von Kriegsdrohungen alle nur den Frieden wollen. Freilich löst er die Sache in seinem Vortrag auf der Münchner Sicherheitskonferenz dann so auf, dass alleine Russland hier unwahres Zeug erzähle, also alle anderen echt keinen Waffengebrauch in Betracht ziehen würden. Er kritisiert die Friedensbeteuerungen seitens der russischen Regierung auch nicht wirklich, sondern sagt umstandslos, dass da eine bewusste Täuschung vorliege – Russland »lügt«. Selenski unterstellt im Vorwurf der »Lüge«, dass der Friedenswille einen Gegensatz zum Kriegswillen darstellen würde und das trifft die Sache nicht. Worum es bei den Friedensabsichten geht, die alle Staatschefs auf die eine oder andere Art verkünden, soll zunächst anhand des deutschen Bundeskanzlers besprochen werden:

»Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen (...). Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden uns nie abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist.« (Scholz im Bundestag, 27.02.2022)⁸

Scholz ist zwar nicht der Bundeskanzler einer militärischen, aber schon einer ökonomischen Weltmacht. Er ist der Regierungschef eines Staates mit etwa 250.000 Polizist*innen und 200.000 Soldat*innen, beteiligt an diversen Kriegsschauplätzen dieser Welt und es treibt ihm nicht die Schamesröte ins Gesicht, wenn er sagt, dass er sich nicht damit abfinden kann, dass »Gewalt als Mittel der Politik« gebraucht wird. Selbstverständlich ist Gewalt ein ständiges Mittel der Innen-, wie der Außenpolitik. Aber schon im Innern der Gesellschaft gibt es die durchgesetzte Ansicht, dass die Gewalt

des Staates eigentlich keine Gewalt sei. Sie Sorge ja nur durch die Unterdrückung privater Gewalt (also etwa von Demonstrant*innen, Räuber*innen und Betrüger*innen) für gesellschaftlichen Frieden. Und selten kommt jemand auf die Idee, die Sache so herum zu betrachten: Wenn der zivile Frieden so viel Gewalt in Form von Polizist*innen und Gefängniswärter*innen braucht, dann muss das »friedliche« Zusammenleben lauter Gründe für Gewalt hervorbringen. Und wenn das zivile Leben so konfliktreich ist (man denke an alle Formen der Konkurrenz), dann wird dieses gesellschaftliche Leben eben nur durch ein allem überlegendes Gewaltmonopol, den Staat, eingerichtet und aufrechterhalten. So mag es aber kaum jemand sehen. Stattdessen gilt staatliche Gewalt einfach nicht als Gewalt, sondern nur diejenigen Aktionen von Bürger*innen, die sich gegen die mit staatlicher Gewalt aufgeherrschten Gesetze versündigen. Von der Bürger*in wird Gewaltverzicht gefordert, was gleichbedeutend ist mit der Anerkennung, dass nur der Staat die Regeln in der Gesellschaft setzen darf. Kurzum: Staatliche Gewalt sei keine Gewalt, weil sie legitim ist. Private Gewalt sei pure Aggression, weil sie illegitim ist.

Mit diesem Selbstbewusstsein geht Scholz (und auch die anderen Staatsführer*innen) jetzt auf die Außenpolitik los: Eigene Gewalt sei gar keine und der andere Staat dürfe keine Gewalt anwenden. In dieser Art den Krieg darzustellen, unterstellen alle Parteien, dass es jedem vernünftigen Menschen, und damit auch den Staatschef*innen, alleine auf einen Zustand ankommen könne, in dem nicht geschossen wird. Damit wird unterschlagen, dass der Zustand namens Frieden auch im zwischenstaatlichen Verhältnis einen Inhalt hat, also politische und ökonomische Regeln enthält, deren Existenz und Auslegung von den Machtverhältnissen zwischen den Staaten geprägt sind. Das geht über die Benutzung der Weltmeere, Zollpolitik, Schutz von geistigem Eigentum bis hin zu militärischen Regeln – im Extremfall

das Recht Atomwaffen zu besitzen oder eben nicht. Damit wird unterschlagen, dass es genau diese zwischenstaatlichen Regeln und ihre gültigen Interpretationen sind, weswegen sich Staaten aufmachen, sie militärisch abzusichern oder zu ändern – und zwar gegen andere Staaten. Der nationale ökonomische Bereicherungswille und der Wille zum politischen Machtzuwachs in der Welt, den die zwischenstaatlichen Regeln realisieren sollen, schließt sich allseitig aus. Deswegen ist der Krieg für einen Frieden, der dem nationalen Interesse nützt, immer mal wieder fällig. Im Anspruch, dass das eigene nationale Interesse zum Zuge kommen soll, indem der andere Staat sich den Regeln, die man selbst für richtig hält, unterordnen soll, schreibt man sich selbst ganz harmlose, selbstlose – oder eben legitime Ziele zu, die auf gar keinen Fall gegen den anderen Staat gerichtet seien. Ein gegnerischer Staat, der sich diesem Anspruch widersetzt, wird zum Gegner, dessen nationale Interessen schlicht illegitim sind.

Mit dieser heuchlerischen Masche der Staatschef*innen à la »ich will doch keinen Streit von Zaun brechen« wird zugleich dem Gegner ein grundloses Kämpfen-Wollen untergeschoben. Der Gegner wolle einfach Gewalt anwenden, sei also ein Staat, der pur aggressiv sein will – »kaltblütig«. Indem der Staat dann gegen diese Aggressivität vorgeht (»Und wir werden nicht ruhen«), stellt er sich selbst bei aller Gewalt, die er jetzt mobilisiert, in das moralisch gute Licht eines Friedensstifters.

In Richtung Putin sagt Scholz mit dieser Tour: Ich will mein Staatsinteresse an bestimmten Regeln in der Welt als Recht von dir anerkannt haben. Das Ziel des Krieges ist eben ein neuer Frieden, in dem Russland sich dazu bekennen soll, dass das deutsche Interesse an einer Ukraine als zukünftiger EU- und NATO-Staat, der den Donbass und die Krim einschließt, rechtmäßig ist. Russland soll damit zu einem Mittel des deutschen Interesses gemacht werden: Russland soll sich zukünftig freiwillig an diese neuen Regeln halten, die damit einhergehende strategische Entmachtung also aushalten.

Der Staatschef Scholz will, dass die deutschen Interessen an und in der Welt von Russland anerkannt werden. Dann brauchte es keine unmittelbare Gewalt und dann gäbe es Frieden. Umgekehrt heißt das: Weil Russland das nicht macht, ist Scholz leider gezwungen friedensstiftende Gewalt einzusetzen, die dann eigentlich gar keine Gewalt mehr sei.

Gegenüber der eigenen Bevölkerung tritt der Staat (hier am Beispiel Scholz) mit dieser Tour, nach der er nur Frieden wolle, aber leider mit Gewalt für Frieden sorgen müsse, weil der andere Staat pure Aggressivität in die Welt bringe, in der gewohnten Manier auf. Auch im sonstigen Alltag behauptet der Staat von sich, eine »neutrale« Instanz zu sein, die ganz selbstlos das gesellschaftliche Leben regle. Polizeiliche Gewalt sei nur deswegen nötig, weil Kriminelle mal wieder den gesellschaftlichen Frieden stören. Wenn Scholz (oder die anderen Staatsführer*innen) dasselbe »Argument« jetzt auch im Außenverkehr vorstellig macht, dann holt er sich damit Zustimmung bei seinem Volk für die Kriegsoffer, die jetzt zu machen sind. Im Falle Deutschlands sind die Opfer zunächst steigende Lebenshaltungskosten und das Verbot von Geschäftsmöglichkeiten mit Russland durch die Sanktionen. Weiter ist klar, dass der Staatshaushalt zuungunsten von sozialen Leistungen Richtung militärischer Leistungen umgeschichtet wird. Die massive Staatsverschuldung heizt zudem die Inflation an. Aushalten soll die Bevölkerung auch, dass die massive Unterstützung des ukrainischen Selbstbehauptungswillens und die Erweiterung der NATO mit Schweden und Finnland einen atomaren Krieg wahrscheinlicher macht. Wenn Putin und Selenski aktuell mit Friedensabsichten bei ihrer Bevölkerung Werbung machen, dann geht es zudem darum, die Soldaten zu motivieren, ihr Leben für eine friedliche Welt hinzugeben.

Eine methodische Zwischenbemerkung: Dem Statement von Scholz (und den folgenden Statements der anderen Staatsführer) kann man entnehmen, worum es formal im Krieg geht: Das eigene staatliche Interesse soll in der Staatenwelt als Recht anerkannt werden. Dafür werden Kriege geführt. Allerdings kann man dem Statement nicht direkt entnehmen, welchen Inhalt die Interessenkollisionen haben. Weder spricht Scholz so explizit an, welche Interessen Deutschland eigentlich in und an der Ukraine hat, die er durchgesetzt sehen will, noch spricht er die entgegengesetzten russischen Interessen explizit an, wenn er da nur Aggressivität sehen will. Die Beschäftigung mit den Kriegsrechtfertigungen und deren Kritik ist wichtig, aber die Analyse der Gründe des Krieges ist nochmal eine gesonderte theoretische Anstrengung. Diese Analyse ist im vorangegangenen Text zu finden. Hier soll bei den Kriegsrechtfertigungen geblieben werden, jetzt anhand von Putin:

»Die USA und NATO sind zur rücksichtslosen Einbeziehung des Territoriums der Ukraine als Schauplatz für potenzielle Kampfhandlungen übergegangen. Die regelmäßigen gemeinsamen Übungen haben eine klare anti-russländische Ausrichtung. (...) Okay, sie wollen uns nicht als Freund und Verbündeten sehen. Aber warum machen sie aus uns einen Feind? Es gibt nur eine Antwort: Es geht nicht um unser politisches Regime, es geht um nichts anderes, sie brauchen einfach kein so großes unabhängiges Land wie Russland. Das ist die Antwort auf alle Fragen. Dies ist auch die Quelle der traditionellen amerikanischen Politik gegenüber Russland. Daher die Haltung zu all unseren Vorschlägen im Bereich der Sicherheit.« (Putin 21.02.2022)⁹

Putin tippt hier die eine Seite des Kriegsgrundes durchaus an: Die NATO soll sich nicht in der Ukraine einrichten, um sich damit neue Freiheiten hinsichtlich militärischer Drohungen gegenüber Russland zu verschaffen. Vor dem Krieg hat er deutlich gemacht, dass dies die Bedingung für Frieden ist und damit zugleich die rote Linie markiert, die er nicht bereit ist auszuhalten. Korrekt ist auch die Einschätzung, dass es nicht das politische System in Russland ist, das die USA bekämpfen wollen. Die USA und auch die übrigen NATO-Staaten haben keine Probleme mit autokratischen Regimes zusammenzuarbeiten, wenn es ihnen nützt (z.B. Saudi-Arabien). Wenn Putin sagt, dass die USA Russland als »großes unabhängiges Land« nicht will, dann wäre man fast noch geneigt zu sagen, auch hier treffe er was. Die USA halten es nicht aus, dass ihre Vorstellung der Weltordnung und ihre Auslegung der völkerrechtlichen Prinzipien anhand von konkreten Fällen (Kosovo, Irak, Libyen, Syrien) nicht von Russland akzeptiert werden – und Russland dabei durchaus die Fähigkeiten hat, diesem Einspruch auch praktisch etwas entgegenzuhalten (Syrien, Libyen).

Aber: Der eigene russische Wille, in der ganzen Welt mitzureden und mitzubestimmen, um der nationalen kapitalistischen Reichtumsproduktion (derzeit vor allem Energie- und Rüstungsexport) und der russischen Staatsmacht zu mehr Größe zu verhelfen, ist dann mit »großes unabhängiges Land« doch wiederum sehr harmlos ausgedrückt. Das russische staatliche Interesse, sich als Weltmacht Geltung zu verschaffen, wird als relativ harmloses Anliegen vorstellig gemacht, das sich doch wunderbar mit anderen staatlichen Großmachtsambitionen vertragen könnte – wenn die nicht so aggressiv wären. In diesem Sinne betätigt sich auch Putin genauso wie Scholz als jemand, der den eigenen nationalen Interessen

nur friedliche Absichten bescheinigt, die leider von den anderen »ohne jeden Grund« (!?) dauernd durchkreuzt werden:

»Diejenigen, die öffentlich, straflos die Weltherrschaft beanspruchen, erklären uns, Russland, und ich betone, ohne jeden Grund, zu ihrem Feind.« (Putin am 24.02.2022)¹⁰

Und so hätte die oben zitierte Ansage von Scholz im Bundestag genauso gut von Putin stammen können: »Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist.«

Diese Sorte Kriegsrechtfertigung beherrscht der US-Präsident freilich schon lange:

»Im Laufe unserer Geschichte haben wir diese Lektion gelernt: Wenn Diktatoren keinen Preis für ihre Aggression zahlen, verursachen sie mehr Chaos; sie bleiben in Bewegung; und die Kosten, die Bedrohungen für Amerika – und Amerika, für die Welt steigen weiter. Deshalb wurde das NATO-Bündnis gegründet: um Frieden und Stabilität in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg zu sichern.« (Biden)¹¹

Die USA führen also das größte Militärbündnis der Menschheitsgeschichte nur an, um Bedrohungen abzuwehren und so Frieden zu schaffen. Von den bestimmten Interessen der USA in der Welt, die sie offensiv verfolgen und dann immer wieder verteidigen müssen, ist so überhaupt keine Rede. Aggressiv ist nur der Gegner, den man mit aller Kraft (30 verbündete Staaten, höchster Militärhaushalt der ganzen Welt) klein machen müsse. Das Körnchen Wahrheit an solchen Reden ist: Frieden gibt es nur, wenn die eigenen nationalen Interessen in der Welt Geltung bekommen, also vom Gegner akzeptiert werden. Und insofern ist jede Beteuerung eines Staatschefs, dass es ihm um den Frieden in der Welt zu tun ist, immer zugleich eine Kriegsandrohung: Sie enthält die Beteuerung, dass man für den Frieden, der die eigenen nationalen Interessen sicherstellt, gewillt ist, den Krieg zu führen.

Gleich zwei Ostermärsche in Berlin: Wie die ideellen Feldherr*innen für Frieden sorgen wollen

In der Ukraine herrscht Krieg unter Beteiligung der militärischen und ökonomischen Weltmächte. Dagegen wurde auf dem traditionellen Ostermarsch protestiert. Diese Tradition haben einige Gruppen nicht ausgehalten und einen alternativen Ostermarsch organisiert. Worum ging es den Demonstrierenden und wo liegt ihr Zwist?

Es wird sich zeigen, dass die beiden Märsche durchaus was gemeinsam haben: Die Verfasser*innen stellen sich als ideale Feldherr*innen hin, messen die reale Führung an ihrem Ideal der »guten Herrschaft« und adressieren sie mit konstruktiven Vorschlägen für eine moralisch einwandfreie Durchsetzung deutscher Interessen auf internationaler Ebene.

Ostermarsch 2022 in Berlin

Diese Demo mit dem Unterslogan »Waffen nieder«¹² spart sich jede Analyse über den Grund oder die Gründe des aktuellen Krieges. In einer Situation, wo die Staaten allseitig aufrüsten, Krieg führen und die Grünen zeigen, wie flugs der Übergang in eine kriegsführende Regierungsverantwortung geht, da rufen sie schlicht dazu auf, keinen Krieg zu führen und abzurüsten.

Man mag vielleicht ja noch dran denken, dass weniger Waffen eben weniger Möglichkeiten zum Kriegführen bieten. Nur muss man dann auch deutlich machen, wer eigentlich der Akteur sein soll, der die Waffenproduktion und die Waffenlieferungen logistisch unterbindet. Ansonsten bleibt die Parole »Waffen nieder« eine komische Überlegung angesichts von Regierungen, die über potente Ökonomien verfügen und fleißig aufrüsten und Waffen verteilen.

»Alles an diplomatischen und politischen Anstrengungen zur Deeskalation zu unternehmen ist oberste Pflicht der deutschen Regierung!«

Da zeigt die aktuelle Regierung, welche Freiheit sie in Sachen Kriegsbeteiligung hat (Stichwort 100 Mrd. € Schulden für Aufrüstung), weil sie über Deutschland und damit über eine ökonomische Macht in der Welt herrscht und die Demonstrierenden sagen ihr eine gegenteilige »Pflicht« nach.

Klar wissen die Demonstrierenden auch, dass Deutschland gerade das Gegenteil von Deeskalation macht und das heben sie auch hervor. Diese Pflicht, die sie der Regierung andichten, dient ja auch nur dazu, die aktuelle Regierung in einem schlechten Licht dastehen zu lassen. Das ist aber keine Kritik der Interessen Deutschlands, sondern ein alternatives Regierungsprogramm für Deutschland.

»Politische Lösungen sind das Gebot der Stunde!« Diese Parole streicht einfach durch, dass derzeit mit Waffengewalt allseitig Politik gemacht wird. Der Aufruf macht damit kenntlich, welche hohe Meinung die Demonstrierenden von der Politik überhaupt haben. Echte Politik würde nämlich gar keine Waffen brauchen. Spiegelbildlich spricht der Aufruf den realen politischen Kriegsakteur*innen allseitig ab, überhaupt Politik zu machen. Zugleich schmiegt sich der Aufruf ganz realpolitisch an lauter Aussagen von Putin, Biden, Scholz und Selenski an:

»Für eine neue Sicherheitsarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok!«

Alle führenden Staatschefs im aktuellen Krieg haben deutlich gemacht, dass es ihnen um nichts

weniger geht, als eine bestimmte Sicherheitsarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok. Alle wollen sie, dass die staatliche Waffengewalt abgestimmt funktioniert. Die Staaten wollen, dass zwischenstaatliche Einigkeit herrscht darüber, welcher Staat wo welche Waffensysteme in welcher Anzahl stationieren, Manöver durchführen und militärische Beistandsverpflichtungen eingehen darf – nur schließen sich die Vorstellungen, welchen Inhalt das haben soll, völlig aus. Russland hält eine Sicherheitsarchitektur, die in direkter Nachbarschaft NATO-Stützpunkte unterhält, für keine. Die Ukraine und die NATO halten dies für die einzig richtige Sicherheitsarchitektur. Letztlich geht es in diesem Krieg um die Frage, welcher Staat sich wie einem anderen Staat unterzuordnen hat. Dargestellt wird das in der Rede von der Sicherheitsarchitektur für und in Europa so, als ginge es den Staaten dabei nur um einen Zustand des dauerhaften Friedens in dem dauerhaft die Waffen schweigen könnten. Das gehört dann ins Reich der Kriegslegitimationen. Und der Ostermarsch knüpft einfach an diese Legitimation an, kümmert sich nicht um die gewaltträchtigen Interessen der Mächte (also die Gründe des Krieges) und sagt: So einfach ginge es doch. Diese Art und Weise, den aktuellen Krieg zu betrachten, zieht sich dann fort:

»Jeder weitere Tag, an dem die Waffen sprechen und die Gewalt und der Hass sich weiter ausbreiten, fordert nur mehr Tote, mehr Flüchtende und unendliches Leid.«

Das sagen ja sowieso alle Staatschefs und legitimieren damit ihr Engagement: Sie stellen ihren Krieg als Leidverminderungsprogramm dar, indem sie alles dafür tun, ihn zu gewinnen.

»Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden!«

Das wollen auch alle Seiten, aber eben zu ihren Konditionen. Deswegen führen sie Krieg.

»Sie müssten sich doch nur mit Vernunft und Diplomatie einbringen statt mit Waffenlieferungen, Sanktionen und Aufheizen der Emotionen.«

Die Diplomatie macht nie Pause. Noch während der Waffenlieferungen und Kriegshandlungen sagen die Staatschefs sich wechselseitig unter welchen Kapitulationsbedingungen sie bereit wären aufzuhören. Reden und Krieg sind kein Gegensatz, sie gehören zusammen.¹³

»Dazu braucht es den Willen Russlands und der Ukraine, Verhandlungen mit Kompromissbereitschaft von beiden Seiten aus zu führen, die vernünftigerweise eine neutrale Ukraine zur Folge haben müssten.«

Das ist eine sonderbare Tour, den Interessengegensatz der kriegsführenden Staatenwelt zu leugnen, weil der Vorschlag so willkürlich ist. Genauso gut könnte man ja auch schreiben:

»Kompromissbereitschaft von beiden Seiten, die vernünftigerweise eine Rückgabe der Krim und die Akzeptanz der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zur Folge haben müssten.« Gerade weil die Ukraine nicht neutral sein will, zum Frontstaat gegen Russland hochgerüstet wird und weil Russland die damit einhergehende Herabstufung als militärische Weltmacht nicht akzeptiert, führt Russland den Krieg. Einen »Kompromiss« den sie für »vernünftig« halten, versuchen die Kriegsparteien gerade mit Waffengewalt zu erzwingen.

Kurzum: Diese Friedensfreund*innen wollen nichts von der Notwendigkeit von Kriegen zwischen Gesellschaften, die kapitalistisch mit einer staatlichen Herrschaft organisiert sind, wissen. Sie wollen auch nicht die verbreiteten Kriegslegitimationen auseinandernehmen, sondern übernehmen sie und führen sie umstandslos gegen die reale Politik ins Feld. Wo die Staaten, bis an die Zähne aufgerüstete Gewaltmonopole, eine große Schlachtbank herrichten, da stellen sie sich hin und sagen, dass man als Staaten doch locker harmonieren könnte: »Alle Energien in eine Politik des Ausgleichs und Miteinanders!« Und wo die Herrschaft die Gesellschaft rücksichtslos in die Pflicht nimmt, da versuchen sie die Kriegstreiberei der eigenen Regierung noch daran zu blamieren, dass man selber nicht gefragt wurde:

»Sie wird Kriegspartei, durch Waffenlieferungen, durch grundlegende wirtschaftspolitische Entscheidungen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg, ohne zu bedenken, dass im Falle einer Ausweitung des Krieges unser Land das Schlachtfeld sein wird.«

Und nur das noch: Natürlich weiß die Regierung, dass Deutschland zum Schlachtfeld werden kann und mit diesem Szenario kalkulieren sie risikobewusst. Daraus könnte man lernen, was für eine brutale und zynische Angelegenheit der Kapitalismus mit seiner notwendig dazugehörigen nationalstaatlichen Gewalt ist. Die Friedensfreund*innen verschwenden ihre demonstrative Energie dagegen auf den Lehrsatz: »Es müsste alles nicht so sein«, ohne sich über das »Es« und das »alles« geistig Rechenschaft abzulegen.

Alternativer Ostermarsch

2022:

Stoppt russische Kriege - für Freiheit und Gerechtigkeit

Nun gab es in Berlin noch einen Ostermarsch von anderen »Friedensfreund*innen«, der explizit als Gegenprogramm zum herkömmlichen organisiert wurde.

»Ukrainische und syrische Aktivist*innen organisieren gemeinsam einen Alternativen Ostermarsch, denn von der ‚Friedensbewegung‘ fühlen sich viele von ihnen verraten. Die russische Aggression gegenüber der Ukraine erwähnt der Aufruf zum ›Berliner Ostermarsch‹ mit keinem Wort. Das Ausblenden der Perspektiven von Kriegsoffern ist dabei kein Einzelfall.«¹⁴

Da protestieren Leute im herkömmlichen Ostermarsch gegen eine Welt, in der Millionen Tonnen Waffen von Staaten angesammelt und angewendet werden und bekommen erstmal einen »Verratsvorwurf« serviert. Linke, gute Menschen, müssten vor allem Opfern zuhören und müssten sich dann solidarisch an deren Ideen, was man jetzt zu tun hätte, halten. An diesem Prinzip hätten sich die herkömmlichen Ostermarschierer*innen vergriffen – und deswegen die Opfer des Krieges und zugleich die in ihren Augen vernünftige linke Moralität »verraten«.

Die versammelten »Opfergruppen« des alternativen Ostermarsches aus der Ukraine, Syrien und Weißrussland und ihre solidarischen Unterstützer*innen wollen die Regierungen in Russland, Syrien, Weißrussland und der Türkei loswerden und finden, dass der Westen und insbesondere Deutschland da viel zu lasch gegen vorgehe.

Damit haben sie ein eigenes politisches Programm, das sie auf zivilgesellschaftlichem Wege vorantreiben wollen. Sie setzen ihre politischen Schlüsse gleich mit dem Begehren aller Opfer in der Ukraine oder Syrien. Diese Gleichsetzung stimmt selbstverständlich faktisch nicht. Es mag sehr viele Ukrainer*innen geben, die sich nichts mehr wünschen, als dass der Westen mit aller Embargo- und Waffengewalt gegen Russland vorgehen möge, es sind aber eben längst nicht alle.¹⁵ Bezogen auf die Ukraine wollen die alternativen

Ostermarschierer*innen nicht trennen zwischen dem Staatsprogramm der ukrainischen Regierung und dem Willen der Bevölkerung. Alle sind sie eins, also eine Nation.¹⁶ Aber selbst, wenn alle Bürger*innen der Ukraine dasselbe wollten wie der ukrainische Staat, wäre das noch kein Grund zu sagen: »Akzeptier' und unterstütz' das.«

Auf- und Ausrüstung im Namen der Opfer

»Wir finden: Es ist an der Zeit, endlich den Opfern der Kriege zuzuhören! (...) Wir aber sagen, es ist legitim, wenn sich Syrer*innen oder Ukrainer*innen Unterstützung wünschen, damit ihre Häuser, Schulen, Bäckereien und Krankenhäuser nicht weiter bombardiert werden.«

Eine allseitig übliche Kriegslegitimation ist die Begründung eines Waffenganges mit den zivilen Opfern. Russland hat das gemacht (der Militäreinsatz diene dem Schutz der Menschen im Donbass, die täglich an der Kontaktlinie von Kiewer Truppen beschossen werden), die EU- und NATO-Staaten machen das (Kinder, Frauen und Alte müssen vor »dem Russen« geschützt werden), der ukrainische Staat macht das sowieso. Man selbst greife nur zu den Waffen (oder liefere sie), weil der andere Staat unschuldige Leute töte und soziale Infrastruktur zerstöre. Das ist Kriegspropaganda. Wo Staaten gegeneinander um Über- und Unterordnungsverhältnisse ringen, wo sie bereit sind, ihre Bevölkerung und gegnerische Leute zu opfern, da tun sie so, als wenn es ihnen nur um einen moralisch motivierten Schutz schwacher Menschen ginge. Die Praxis der Staaten widerlegt anschaulich diese Kriegslegitimation.

Die alternativen Ostermarschierer*innen übernehmen diese aber umstandslos und reiben sie den Pazifist*innen des anderen Ostermarsches unter die Nase. Dass das Gegenprogramm (Einsatz der bestehenden ukrainischen Streitkräfte plus Aufrüstung, um den Sieg der russischen Armee zu verhindern) ebenso russische Soldaten tötet, vermeintliche oder reale Kollaborateure drangsaliert und Zivilbevölkerung, die aufgrund von Armut oder körperlicher Gebrechen nicht fliehen kann, ebenso abschießt (weil zielgenaue Schüsse und Raketen ein Kriegspropaganda-Märchen sind), das will der alternative Ostermarsch nicht wahrhaben.

Da will man sagen: Leute, wenn »eure« Männer mit ordentlich Munition, Raketen und Panzer ausgestattet werden, die eine Übernahme der Stadt durch den russischen Gegner verzögern oder letztlich vielleicht sogar verhindern, glaubt ihr wirklich, dass dadurch keine Häuser, Schulen, Bäckereien und Krankenhäuser bombardiert werden – und zwar durch »eure« Leute?

Aber eigentlich argumentiert man so an den alternativen Ostermarschierer*innen vorbei. Wenn sie die Perspektive der Opfer einfordern, dann geht es ihnen nicht um die Vermeidung weiterer Opfer im Krieg. Sie fordern vielmehr weitere Opfer, um die tatsächlichen oder angedichteten Gerechtigkeitsfantasien der bereits aufgehäuften Opfer zu befriedigen: »Kriegsverbrecher zur Verantwortung ziehen!« Das scheint unterhalb eines Weltkrieges gegenüber »Putin« aber wohl nicht drin zu sein.

Auf- und Ausrüstung im Namen höchster Werte

Während der herkömmliche Ostermarsch den Feldherrenhügel betritt, um zu sagen »wenn alle sich ein wenig zurückhalten, dann kann das schon klappen mit dem Frieden«, sagen die alternativen Feldherr*innen:

»Viel zu lange hat man in Europa geglaubt, dass ein Krieg durch Annäherung an Russland verhindert werden kann.«

Dies ist derzeit auch die offizielle Selbstkritik der deutschen Regierung, mit der klar ist, wohin die Reise jetzt gehen muss. Das ist freilich eine hart verzerrte Sicht auf die deutsche Politik gegenüber Russland in der Merkel-Ära. Es stimmt schon, dass sie 2008 gegen den NATO-Beitritt der Ukraine war. Aber hat die deutsche Regierung in den letzten Jahren irgendetwas anbrennen lassen in Sachen EU-Regeln-Ausdehnung bis an die Grenze Russlands? Hat sie nennenswert Einspruch erhoben bei der Umstellung der ukrainischen Militär-Kommandostruktur auf den NATO-Standard? Hat sie mit dem Minsker Abkommen wirklich Russland besänftigt oder nicht vielmehr dafür gesorgt, dass die damals schon eingekesselten Kiew-orientierten Soldaten wieder frei gekommen sind, um sich neu gruppieren zu können entlang der Kontaktlinie?

Sicher hat sie zugleich die Vorschläge aus den USA, Polen und dem Baltikum, härter gegen Russland vorzugehen, ein wenig abgemildert. Aber hat sie das gemacht, weil sie einen Krieg wirklich verhindern wollte? Deutschland hat erstens an dem Projekt der USA, »Russland als militärische Weltmacht herabstufen«, mitgearbeitet. Zweitens hat es versucht, dieses Projekt so zu verfolgen, dass Russland dabei Zumutungen portionsweise verdauen kann, damit es nicht gleich zur militärischen Eskalation kommt. Dabei hat Deutschland darauf gesetzt, dass das existierende und ständig weiterentwickelte Drohpotential der NATO Russland von der großen militärischen Eskalation abhalten wird.

Dieses (scheinbar widersprüchliche) Vorgehen hat schlicht seinen Grund in dem Anspruch Deutschlands, Osteuropa als seine Einflussosphäre zu behaupten. Im Falle eines Krieges wandert die Entscheidungshoheit in der Eskalation mit Russland von der Wirtschaftsmacht Deutschland hin zur Militärmacht USA. Das wollte Deutschland verhindern. Das ist bereits 2014 partiell passiert und Deutschland hat mit dem Minsker Abkommen und dem Normandie-Format die Lage wieder

in seine Handlungsmacht bringen wollen. Jetzt ist die militärische Eskalation von Russland vorangetrieben worden und Deutschland will den Machtverlust wettmachen durch eine nachholende Entwicklung, indem ihre ökonomische Weltmacht mit militärischer Macht unterfüttert wird.

Nur weil sich Deutschland jetzt der Front anschließt, Russland direkter zu entmachten, verurteilen viele Menschen die vorherige Politik als Anpassung. Das ist aber völlig verkehrt.

»Man wollte die Folgen anderer Kriege von Europa fernhalten. Dabei sind diejenigen aus dem Blick geraten, die in anderen Teilen der Welt schon lange unter Kriegen leiden und fliehen müssen. Viel zu lange hat Europa die Interessen der betroffenen Bevölkerungen ignoriert, um sich nicht einmischen zu müssen.«

So geht dann die zivilgesellschaftliche Kritik an Deutschland. Während die Grünen heute die SPD und Merkel dafür kritisieren, dass sie Deutschlands Interesse geschadet hätten mit ihrer vormaligen Politik, werfen die alternativen Ostermarschierer*innen Deutschland vor, die weltweite Bevölkerung nicht im Blick zu haben.

Damit sind sie radikale Kinder der Kriegslegitimationen des Westens in seinen Kriegen. Der hat in seinen diversen Kriegen immer behauptet, dass er die Menschen und deren Rechte nur gegen Autokraten verteidigen würde. Den Afghanistan-Krieg sollte man sich als Kampf um Frauenrechte verplausibilisieren. Den Krieg im Irak, in Libyen und die Unterstützung diverser Kampfverbände gegen Assad (inklusive Kampfverbände, die Al Quaida nahe standen) sollte man sich als Kampf um freie Wahlen, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit einleuchten lassen. Darum ging es dem Westen objektiv nicht. Auffallen zumindest könnte einem das allein schon daran, dass der freie Westen mit zahlreichen autokratischen Regimen in der Welt wunderbar kooperiert und ihre Staaten mit Krediten und Waffen überhaupt über Wasser hält (z.B. Ägypten). Statt die Berufungstitel des Westens zurückzuweisen, halten die alternativen Ostermarschierer*innen die Legitimationen der Kriege gegen die reale Politik. Überall sei der Westen einfach zu luschtig unterwegs und lasse sich (völlig unverständlich) auf Deals mit den Autokraten ein. Wenn die Regierungen des Westens sich dazu entscheiden, einen staatlichen Gegner eher auf lange Sicht mit dosierten Wirtschaftssanktionen fertig zu machen, da schreien die alternativen Ostermarschierer*innen nach harten Sanktionen oder bedingungsloser Aufrüstung von Kampfverbänden, die sie als Streiter für das Menschenrecht einsortieren.

Im Namen der Opfer und der Menschenrechte für mehr Opfer

»Deshalb muss die EU dem russischen Regime jetzt sofort die wirtschaftliche Basis für seine Aggressionen und seine Kriegsverbrechen entziehen. Selbst wenn uns das etwas kostet, wir müssen endlich handeln, um Demokratie und Freiheit inner- und außerhalb Europas zu verteidigen.«

Mit »für Freiheit und Gerechtigkeit« – also nicht für die Vermeidung von Toten – agitieren und marschieren sie für eine eindeutige Botschaft:

Lieber Westen, wir als Betroffene stehen eindeutig hinter euch. Bitte macht Putin fertig, koste es, was es wolle. Das seid ihr den Opfern und uns schuldig und wir rufen alle dazu auf: Freiheit und Gerechtigkeit – dafür muss man die materiellen Kalkulationen des ökonomischen Alltags einfach sehr weit zurückstellen.

Von so einer kritischen Zivilgesellschaft kann ein demokratischer Staat wie Deutschland, der nicht nur ökonomische Weltmacht sein, sondern eine militärische Macht werden will, nur träumen.

Ein Nachtrag zum Gerechtigkeitsfanatismus

Den Wahnsinn, sich auf die Frage von Krieg und Frieden im Namen der Gerechtigkeit ernsthaft (und nicht legitimatorisch) zu beziehen, hat bei einer anderen Gelegenheit eine weitere »Betroffene«, nämlich Mariana Sadovska, eine Sängerin und Komponistin aus der Ukraine, ausbuchstabiert, als sie die Gelegenheit hatte, Olaf Scholz die Leviten zu lesen:

»Der NATO warf sie vor, sich allein von der Furcht vor atomarer Vergeltung davon abhalten zu lassen, eine Flugverbotszone einzurichten. Die Befürchtungen beschrieb sie nicht etwa als unbegründet; im Gegenteil, sie teilt sie mit den Verfassern des Briefes: »Natürlich haben wir große Angst, dass dadurch alles eskaliert und es zu einem Atomkrieg kommt und die ganze Welt untergeht.« Damit war die Abwägung jedoch nicht beendet. »Aber wir können doch nicht so einen Verbrecher wie Putin davonkommen lassen, nur weil er mit der Atombombe droht.« (...) »Wenn die Welt untergeht, weil wir der Ukraine helfen«, sagte sie von dem Rednerpult aus, an dem wenige Minuten zuvor der Hausherr (Scholz; Autor) gesprochen hatte, »dann soll es halt so sein!«¹⁷

Für die realen Kriegsherren sind Freiheit und Gerechtigkeit Legitimationstitel ihrer nationalen Interessen gegen andere Staaten. Sie kehren solche Werte heraus, weil sie ihre Bevölkerung hinter sich bringen müssen und im Krieg freilich »Argumente« wie »mit dem Krieg wird es dir besser gehen« nicht ziehen würden. Es braucht richtig hohe Werte, damit die Leute auch opferbereit, oder noch besser begeistert, in den Krieg ziehen, eben weil dadurch alles (auch das eigene Leben und dessen Verschleuderung) endlich einen Sinn mache. Wenn mit diesen hohen Werten dann das Leben von Soldaten für die edle Sache in Gefahr gebracht wird, warum dann nicht auch das Leben von allen Menschen?

Deutschland im Kriegstaumel

– eine Zwischenbemerkung zum Thema Sanktionen

In der Kriegsberichterstattung werden dem heimischen Publikum gerne die zivilen Opfer vorgeführt, die der Gegner hervorruft. Das hat immer schon eine gemeine Implikation, so als wenn die Soldat*innen, die da drauf gehen, noch halbwegs in Ordnung wären. Davon abgesehen kann man der aktuellen Kriegsberichterstattung entnehmen, dass selbst der Beschuss militärisch-strategischer Ziele (Kasernen, Flughäfen, Funkinfrastruktur usw.) immer zivile Opfer mitproduziert. Das gilt aktuell und das galt in allen Kriegen, so auch in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen usw.

Es gibt Kriege, da geht es tatsächlich gezielt um die Vernichtung der gegnerischen Bevölkerung. Im Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion ab 1941 mit mindestens 20 Millionen Toten war dies der Fall. In den meisten Kriegen sind die zivilen Opfer jedoch Kollateralschäden. Die eine Seite behauptet dann, dass gar keine oder kaum zivile Opfer vorkämen, so präzise sei die eigene Kampfkunst (so die NATO-Staaten in ihren diversen Kriegen, so die Behauptung heute seitens Russlands). Die andere Seite übertreibt gerne in die andere Richtung und unterstellt dem Gegner das gezielte Abschlichten der Bevölkerung und beklagt dann einen Genozid. Beides ist Kriegspropaganda, aber die Tatsache bleibt: Im Krieg sterben nicht nur die Soldat*innen.

Dass umfassende Wirtschaftssanktionen in etwa dieselbe Wirkung auf den Gegner haben sollen, wie ein tatsächlicher Beschuss mit Waffen, das bekommt man aus der heimischen Berichter-

stattung auch noch mit: Dem gegnerischen Staat soll die Basis seiner Machtmittel (Produktion und Geldmacht) zwar nicht kaputt geschossen, aber kaputt sanktioniert werden. Dass darauf spekuliert wird, dass die damit einhergehende Verarmung der Bevölkerung diese kriegsmüde, evtl. sogar aufständisch machen, wird einem nicht vorenthalten. Auch hier zeigt sich eine Gemeinsamkeit mit waffenmäßigen Kriegshandlungen.

Was allerdings in Politik und sonstiger Öffentlichkeit nicht so klar ausgesprochen wird: Eine umfassende Sanktion produziert natürlich ebenso zivile Opfer und das nicht zu knapp. Eine quasi flächendeckend in die Knie sanktionierte russische Wirtschaft bringt eine Verarmung der Bevölkerung mit sich, die sich gewaschen hat. Neben Einkommensverlusten und privater Zahlungsunfähigkeit der Leute sei insbesondere an die zusammenbrechende medizinische Versorgung mangels Medikamenten und Medizintechnik gedacht, die einfach für mehr tote Leute sorgt und da ist Corona vergleichsweise einfach ein Witz gegen. Wer da die Schultern zuckt und sagt, dass »die Russen« nichts besseres verdient hätten, wenn sie Putin die Stange halten, der hat den gleichen Leichen-in-Kauf-nehmenden-Übergang gemacht, wie jemand der über die totgeschossenen zivilen Opfer sagt, dass es keine unschuldigen Zivilisten im Krieg gibt, weil die ja dem feindlichen Staat die Daumen drücken.

Hört auf, »die Ukraine« und ihre Bevölkerung in einen Topf zu werfen

Ukrainer*innen und andere Leute, die auf dem Gebiet der Ukraine wohnen, werden als Mittel für die strategischen Ziele anderer benutzt und geopfert: von Russland, von der EU/NATO und von der Ukraine.

»Putin«

Der russische Staat bombardiert ukrainische Städte und tötet dabei viele Leute. Weitere Tote folgen als »Kollateralschäden« verschiedener militärischer Aktionen. Zusätzlich zerstört der russische Staat die lokale Infrastruktur und schneidet die Menschen, die das Glück haben, nicht direkt vom russischen Militär angegriffen zu werden, von lebenswichtiger Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten u.a. ab. Der russische Staat zielt nicht explizit darauf ab, Ukrainer*innen per se zu töten. Sondern er tötet sie, wenn sie den ukrainischen Staat (und damit die sich Russland nähernde Einflussosphäre der EU/NATO) verteidigen bzw. beim Angriff auf das »russlandfeindliche Projekt« im Weg sind: So will Russland der NATO seine »roten Linien« deutlich machen, wenn es um die Friedensordnung in Europa und die vom russischen Staat geforderten Sicherheitsgarantien geht.

»Der Westen«

Die EU hat ihre Grenzen für ukrainische Bürger*innen geöffnet, die vor dem Krieg fliehen. In begleitenden Erklärungen stellt sie klar, wer der eigentliche Adressat dieser Geste ist: Russland. Die EU feiert ihre (etwas) offenen Grenzen als Zeichen ihrer Stärke und Einheit. Sie trennt

dabei die Geflohenen an ihren Grenzen sorgfältig in unterschiedliche Gruppen: ukrainische Staatsbürger*innen und Personen mit ständigem Wohnsitz (mindestens ein Jahr lang willkommen), anderen, die aus der Ukraine kommen (vorübergehend geschützt) und alle anderen (abgewiesen). So macht die EU auch klar, dass sie sich besonders dann für eine »humanitäre Katastrophe« interessiert und zuständig fühlt, wenn sie sich mit einem »würdigen Feind« konfrontiert sieht, in dessen Handeln sie sich einmischen will. Mit der Aufnahme von Geflohenen in so großer Anzahl erklärt sich die EU für die Ukraine verantwortlich. Die zeitliche Befristung der Aufnahme – die die Menschen, die geflohen sind, übrigens in großer Unsicherheit ob der Zukunft belässt – unterstreicht zudem, dass die EU eine Lösung für die Situation in der Ukraine anstrebt: Die aufgenommenen Personen sollen in die Ukraine zurückkehren, sobald dort ein Frieden nach den Vorstellungen der EU hergestellt ist. Die EU benutzt Geflohene dazu, ihren Anspruch auf einen Platz am Verhandlungstisch zu untermauern.

Ukrainische und andere Geflüchtete werden von der EU entsprechend ihres strategischen Kalküls in Bezug auf die Ukraine (und andere Staaten) unterschiedlich behandelt und hin und her geschoben. Währenddessen ermutigen, loben und unterstützen dieselben Staaten samt ihres großen NATO-Verbündeten USA die Tapferkeit der Ukraine, im Krieg für die freie Welt gegen Russland alles zu geben einschließlich ihres Lebens... während die hiesigen Think Tanks bedächtig abwägen, wie hoch die Kosten eines ukrainisches Lebens sind und zwar für die NATO.

Ukraine

Der ukrainische Staatschef, Präsident Selenski, erntet internationalen Beifall für seine ablehnende Haltung gegenüber Fluchtangeboten anderer Länder an seine Person und für seine überschwänglichen Forderungen nach Munition statt Evakuierung. Dabei sind er und seine Regierung offensichtlich nicht bereit, der ukrainischen Bevölkerung dieselbe Wahl – fliehen oder kämpfen – zu lassen. Das Kriegsrecht wurde verhängt, und eine der ersten Anordnungen lautet, dass Männer zwischen 18 und 60 Jahren die Ukraine nicht verlassen dürfen. Diese Millionen Männer im kampffähigen Alter müssen bleiben, damit sie für die Verteidigung des Landes zur Verfügung stehen. Sie müssen ihr Leben für den ukrainischen Staat riskieren, unabhängig davon, was sie von diesem Staat und seinem Krieg halten und ob sie dafür zu töten oder getötet zu werden bereit sind. Während der ukrainische Widerstand als Triumph des Kampfgeistes eines freiheitsliebenden Volkes gefeiert wird, bleibt das Offensichtliche fast unkommentiert: der ukrainische Staat setzt seine Bevölkerung unter Gewaltanwendung als Mittel ein, um seine Existenz gegen seinen Gegner zu verteidigen.

Doch die Ukraine und ihr Anführer müssen sich nicht ausschließlich auf rohe Gewalt verlassen, um ihre Bevölkerung (also ihr Menschenmaterial) dafür zu gewinnen, in den Kampf zu ziehen. Es gibt so viele Freiwillige, dass die Rekrutierungsbüros sie sogar abweisen. Darüber hinaus sind ermutigt vom Aufruf zur Waffe durch den charismatischen ukrainischen Präsidenten (und westliche Politiker*innen) – bereits 80.000 Menschen (hauptsächlich Männer) aus dem Westen ins Land gekommen (Stand: 5. März 2022).

Viele derjenigen, die kommen oder bleiben, um die Invasoren zu bekämpfen, haben eine brutale Verwechslung im Kopf: sie setzen einen Staat gleich mit seinem Volk. Für Patriot*innen auf der ganzen Welt ist aufgrund dieses Irrtums überhaupt kein Argument nötig, um zu den Waffen zu greifen, wenn ihr Land angegriffen wird: ein Angriff auf ihren Staat ist ein Angriff auf sie selbst; seine Sicherheit ist das, was sie sicher macht.

Dabei ist das glatte Gegenteil der Fall: Die Sicherheit des ukrainischen Staates wird auf Kosten des Lebens von Ukrainer*innen sichergestellt (oder soll es werden). Ukrainer*innen werden für die Souveränität und territoriale Integrität des ukrainischen Staates unter den Slogans »Ruhm für die Ukraine« und »Ruhm für die Helden« geopfert.

In Friedenszeiten verweist die Liebe der modernen Bürger*innen zu ihrem Staat auf eine Gesellschaftsordnung, in der der Staat die Grundlage für die Verfolgung individueller Interessen schafft (wobei bekanntlich für die meisten Menschen Armut dabei raus kommt). Die Bereitschaft, sich in Kriegszeiten für den Staat aufzuopfern, lässt jedoch selbst dieses berechnende Motiv seitens der Bürger*innen hinter sich.

Die Ukraine hat ihren Patriot*innen keine rosige Zukunft zu bieten. In seinen viel beachteten Reden zieht der ukrainische Präsident die ukrainische Verteidigungsstrategie knallhart durch: alles und alle werden in der Ukraine im Zweifelsfall für die Ukraine geopfert. Aufgrund der Annahme, dass ein Krieg gegen Russland nicht gewonnen werden kann, besteht die ukrainische Militärstrategie darin, die gesamte Gesellschaft in mehreren »Verteidigungswellen« zu mobilisieren, bis die »internationale Gemeinschaft« den Konflikt »zu günstigen Bedingungen für die Ukraine« beendet (daher das Beharren auf Flugverbotszonen, um die NATO in eine direkte Konfrontation mit Russland zu verwickeln). Die Botschaft des Präsidenten lautet im Wesentlichen: »Sterbt für das Vaterland, bis die NATO eingreift«. Letztere wiederum erklärt immer wieder, dass sie nicht direkt in den Krieg eingreifen wird, und bereitet sich stattdessen darauf vor, einen langwierigen (Guerilla-) Krieg zu unterstützen.

Es ist daher mehr als grotesk, wenn westliche und ukrainische Anarchist*innen und andere Linke die Verwechslung von Staat und Untertanen propagieren bzw. beides in eins setzen, ihre Genoss*innen ermutigen, sich zu opfern – praktisch für den ukrainischen Staat, in ihrer Vorstellung für die Freiheit – und Geld für den Krieg sammeln.

Und als moralische Wesen, die sie sind, sammeln sie Geld sowohl um Kriegsflüchtlingen zu helfen, als auch um den Krieg zu führen. Sie können keinen Unterschied feststellen zwischen der Kriegspartei – dem ukrainischen Staat – und den Opfern dieses Krieges – der Bevölkerung.

Putin erklärt den Krieg: Nationalismus in seiner tödlichen Konsequenz

Spätestens seit dem militärischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 gilt Russland, vertreten durch seine führenden Politiker, als der Bösewicht schlechthin. Neben dem allseits behauptetem Motiv, dass Putin & Co einfach gegen die »Freiheit« seien, gab und gibt es auch ein intensiveres Rätselraten über die Ziele und Hintergründe der russischen Politik.

Die in diesem Zusammenhang öffentlich gepflegte Begriffsstutzigkeit hat ihren Grund nicht im fehlenden Material. Die Forderung nach einem Verzicht auf die Aufnahme der Ukraine in die NATO, die Rückabwicklung der gesamten NATO-Osterweiterung, die Unzufriedenheit mit dem westlichen Umgang mit der Entwicklung im Donbass und die Ablehnung eines gegen Russland gerichteten Staatsprogramms der Ukraine wurden in den letzten Monaten wiederholt öffentlich von russischer Seite zu Protokoll gegeben. Die »Begriffsstutzigkeit« ist anders begründet. Russlands außen- und sicherheitspolitische Interessen gelten hierzulande als unannehmbar, inakzeptabel

und deswegen außerhalb des akzeptierten Spektrums an politischer Willensbildung. Und deswegen können diese westlichen Beobachter*innen an Putin nur Verrücktheit und Größenwahn entdecken. Die öffentliche Auseinandersetzung hierzulande dreht sich so auch weniger darum, was die russische Führung will, sondern warum sie mit ihrem Willen falsch liegt.

Eine Variante davon findet sich im WDR-Podcast »Alles ist anders«. In seiner Folge vom 15. März 2022 nimmt er sich die beiden TV-Ansprachen Putins zur Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk vom 21. Februar und zum Einmarsch in die Ukraine vom 24. Februar vor. Wie es sich gehört, wird Putins & Co. Beweisführung für die Rechtmäßigkeit des Krieges für völlig falsch gehalten. Dennoch wird versucht, die Argumente der russischen Propaganda zu widerlegen. Wie immer, wenn Nationalist*innen andere Nationalist*innen für ihren Nationalismus kritisieren, kommt nur eines dabei heraus: Nationalismus.

In vier Kapiteln erfährt das interessierte Publikum: 1. Putin behauptete, die Ukraine sei eine Erfindung des bolschewistischen Russlands und sei eigentlich kein richtiger Staat mit eigener Geschichte und Kultur. Falsch, die Lebendigkeit der ukrainischen Nation sei doch für alle offensichtlich. 2. Putin behauptete, im Donbass finde ein Genozid statt. Das sei frei erfunden, um die öffentliche Meinung in Russland zu beeinflussen. 3. Putin behauptete, die Ukraine sei von Nazis regiert. Falsch, der ukrainische Präsident habe jüdische Wurzeln und das Asow-Regiment habe zwar Nazis in ihren Reihen, sei aber in die ukrainischen Streitkräfte integriert, also der demokratischen Führung unterstellt. 4. Putin behauptete, von der NATO bedroht und von den westlichen Regierungen, die einen Verzicht auf die NATO-Osterweiterungen versprochen hatten, betrogen worden zu sein. Dass es Aussagen von westlichen Politikern im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands Anfang der 90er gab, dass man kein Interesse an einer NATO-Osterweiterung hätte, wird zugegeben, aber: Das sei erstens nicht vertraglich festgehalten worden und zweitens sei es doch Putin gewesen, der internationales Recht gebrochen habe, als er die Krim besetzt hat.

Eins ist doch bemerkenswert: Die materielle Seite des weltpolitischen Konflikts, messbar in aufgestellten Waffen, Truppen, Manövern und Ausbildungsmissionen der NATO, wird zwar benannt, aber nicht weiter behandelt. Stattdessen wird die NATO-Osterweiterung, so wie die drei Punkte davor, als illegitimes Argument zurückgewiesen und als bloße Rechtfertigungsstrategie entlarvt, mit der Putin sein eigentliches Motiv »Großmachtinteresse« kaschieren will. So kommt die geistige Auseinandersetzung mit den Motiven des Gegners da an, wo sie angefangen hat: Putin führt einen verbrecherischen Angriffskrieg, deswegen muss er bekämpft und die Ukraine verteidigt werden. Jede weitere Beschäftigung mit dem Krieg dreht sich dann allein um die Frage, wie »wir« die Ukraine in ihrer Verteidigung unserer Werte unterstützen können.

Statt sich in diesen nationalistischen Konsens einzureihen, möchte dieser Artikel Aufschluss geben über den Inhalt von Putins Motiven. Hierfür verabschieden wir uns von der Frage, ob Putin Recht hat oder Recht haben darf. Stattdessen nehmen wir Putin beim Wort, schauen uns an, was er sagt und stellen fest, für welchen politischen Willen seine Aussagen stehen. Aufmerksame Leser*innen mögen bemerken: Dabei kommt keine Rechtfertigung oder Verharmlosung Putins heraus. Vielmehr zeigen wir die Konsequenz einer folgenschweren Ideologie auf, mit der Staatsführer ihr nationales Menschenmaterial aufeinander loslassen und mit der sich letztere dies nicht nur gefallen lassen, sondern in vorausweisendem Gehorsam zu noch mehr Gewalt gegen den Feind aufrufen. Diese Ideologie ist auch hierzulande massenhaft anzutreffen, in gleicher Form, mit derselben Konsequenz, nur mit umgekehrtem Feindbild.

In den folgenden Abschnitten nehmen wir uns dieselben beiden Reden Putins vor, die auch im WDR-Podcast besprochen wurden. Anders als der WDR fangen wir aber mit der NATO an.

Die Zitate im Text sind deutschen Übersetzungen zu Putins Reden entnommen und können an entsprechender Stelle nachgelesen werden.¹⁹

Ausgangslage: *Putin sieht Russland bedroht*

Das ukrainische Staatsprogramm vor dem russischen Einmarsch lässt sich bezogen auf Russland so zusammenfassen: raus aus der politischen und wirtschaftlichen Verflechtung mit Russland, Revision der Krim-Annexion, Verhindern einer Autonomie-Regelung im Donbass und der Anschluss an die NATO, um diese im Konflikt gegen Russland für sich in Stellung bringen zu können. Putin nimmt die Politik der Ukraine als feindlichen Staatswillen vor der eigenen Haustür wahr, der mit dem Interesse Russlands unvereinbar ist und die eigene Existenz infrage stellt. Die existentielle Bedrohung ist dabei weit gefasst. Es geht nicht einfach darum, dass Russland von NATO-Stützpunkten in der Ukraine schneller auf eigenem Territorium von amerikanischen Raketen getroffen werden kann. Mit dem amerikanischen Versuch der Neutralisierung atomarer Zweitschlagfähigkeit geht es um den drohenden Verlust Russlands in ihrer Rolle als führende Ordnungsmacht in Osteuropa und im Kaukasus und in ihrer Stellung als Weltmacht, deren militärisches Drohpotential dazu ermächtigt, eigene Ordnungskriege zu führen, ohne im Gegenzug einen amerikanischen Angriff befürchten zu müssen.

Darüber, dass die Erweiterung der NATO kein nettes Unterstützungsangebot für ein paar wehrlose Staaten im Osten Europas ist, sondern im Wesentlichen auf die militärische Neutralisierung Russlands abzielt, sollte man sich auch keine Illusionen machen. Putins Feststellungen hierzu ließen sich auch in westlichen Militärstrategien nachlesen, ebenso in den Worten politischer Strateg*innen und Militärexpert*innen.²⁰

In die Diskussion, wie akut die Bedrohung Russlands durch die NATO im Februar 2022 tatsächlich war und ob das die militärische Aggression gegen die Ukraine rechtfertigt, wollen wir uns nicht einmischen, dreht sie sich doch darum, was sich Staaten gegeneinander erlauben dürfen und ab wann ein Staat einen heißen Krieg vom Zaun brechen darf. Festzuhalten bleibt, die russische Führung hat die oben beschriebene Bedrohung für ihr Land gesehen, die Risiken kalkuliert und ihre Armee losgeschickt. Daran können wir genau so wenig ändern, wie wir ihre Zwecke oder die Zwecke irgendeiner anderen Kriegspartei teilen.

Es lohnt sich aber anzuschauen, wie ein Staatsmann wie Putin die festgestellte politische Lage für sich und sein Volk in die Unausweichlichkeit eines Krieges übersetzt.

Moralische Aufrüstung: *Putin sieht Russland betrogen*

Ein wesentliches Argument, mit dem Putin sich ins Recht gegen die NATO-Osterweiterung setzt, sind entsprechende Zusagen, die Russland in den 1990er Jahren von Seiten der USA erhalten haben soll. Auf diese Weise macht er aus einem feindlichen Interesse, welches sich gewaltsam Recht verschafft, ein Unrecht gegenüber höheren Werten.

»Sie haben uns getäuscht, oder, um es einfach auszudrücken, sie haben mit uns gespielt. Sicher, man hört oft, dass Politik ein schmutziges Geschäft ist. Das kann sein, aber es sollte nicht so schmutzig sein, wie es jetzt ist, nicht in diesem Ausmaß. Diese Art von betrügerischem Verhalten verstößt nicht nur gegen die Grundsätze der internationalen Beziehungen, sondern auch und vor allem gegen die allgemein anerkannten Normen der Moral und Ethik. Wo sind hier Gerechtigkeit und Wahrheit? Überall nur Lügen und Heuchelei. [...] [M]an [kann] mit gutem Grund und voller Zuversicht sagen, dass der gesamte so genannte westliche Block, der von den Vereinigten Staaten nach ihrem eigenen Bild und Gleichnis geformt wurde, in seiner Gesamtheit ein und dasselbe »Lügenimperium« ist.«

Interessant an dieser Frage ist nicht, ob Russland eine solche Zusage bekommen hat oder nicht. Interessant ist vielmehr der Anspruch hinter dem Betrugsvorwurf. Es ist der Anspruch eines Staatsführers, des höchsten Nationalisten eines Landes, der stellvertretend für sein Land als sein Recht behauptet, in der Welt beachtet zu werden und in der obersten Liga der Weltmächte mitzuspielen. Mit der Behauptung, das Recht, Moral und Ethik auf seiner Seite zu haben, dementiert Putin den partikularen und polemischen (gegen andere Staaten gerichteten) Charakter seines vorgetragenen nationalen Interesses. Die russischen Interessen in der Welt erscheinen als Ausdruck einer höheren Ordnung und erheben damit den Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Dieses Gebaren ist nicht ungewöhnlich, es gehört zur gängigen Rhetorik in einer internationalen Konkurrenz von Staaten, wo das Gegeneinander stets als ein Miteinander behauptet wird.

Wenn Putin einräumt, dass »Politik ein schmutziges Geschäft« sei, greift er diesen Idealismus auf, mimt den abgeklärten Realisten, um dann richtig auszuholen und dem Westen jegliche moralische Integrität abzusprechen. Gegenüber Lügern und Heuchlern und schließlich einem einzigen »Lügenimperium« fehlt dann auch die Vertrauensbasis für den gewöhnlichen geschäftlichen und diplomatischen Austausch, hier helfen nur noch Abschreckung und Gewalt.

Hierzulande treffen Putins Äußerungen auf Empörung und Entsetzen. An der Rhetorik Putins liegt das nicht. Denn dieselbe Rhetorik ist mit umgekehrten Vorzeichen allgegenwärtig in Politik und Öffentlichkeit. Mutmaßungen über den »Wahnsinnigen aus dem Kreml« stehen für dieselbe unversöhnliche geistige Mobilmachung wie andersherum das »Lügenimperium«. Was den Rechtsstandpunkt betrifft, hat Deutschland in den letzten 30 Jahren mit voller Überzeugung, im Interesse des Guten unterwegs zu sein, die Ausweitung der EU und assoziierter Staaten in Osteuropa vorangetrieben – gegen Russland.²¹ So sind es am Ende wieder die sich ausschließenden Interessen, die moralisch unterfüttert auf beiden Seiten dafür sorgen, sich selbst auf der richtigen Seite zu sehen und dem Gegenüber geistiges Versagen zu attestieren.

Den Vorwurf des Lügenimperiums bekommt Putin auch prompt zurückgespielt. Wo es in Deutschland ausgemacht gilt, dass Putins Krieg falsch, Unrecht und deshalb auch nicht im Sinne der Bevölkerung in Russland sei, folgt die Frage, warum diese nicht gegen ihn aufbegehrt. Repression und gelenkte Medien sind darauf schon die ganze Antwort, die schön an der Sache vorbeigeht. Beides ist in Russland verbreitet und hat zweifellos noch einmal ganz andere Dimensionen als in Deutschland. Aber auch die erstunkenste und erlogenste Kriegspropaganda braucht den fruchtbaren Boden, auf den sie fällt. Den hat sie im ganz normalen Nationalismus, der in Russland wie in Deutschland dafür sorgt, dass sich die Leute arm oder reich, gleich welcher Partei, in erster Linie ihrem Land verbunden fühlen. Nur deshalb fühlen sie sich mitgemeint, wenn Putin von einem belagerten Russland spricht. Nur deshalb leuchtet es ihnen ein, dass eine militärische Spezialoperation unausweichlich sei und dass Russland als Sieger vom Platz gehen müsse. Aus demselben blöden Nationalismus heraus und ganz ohne nachhelfende Polizeiknüppel lässt sich die Bevölkerung in Deutschland gerade die größten Preissteigerungen seit den 1970er Jahren gefallen und sieht sich in der Pflicht, wenn die Regierung auf Dauer mehr Armut verkündet.

Zuspitzung und Konsequenz: *Putin sieht in der Ukraine Verbrecher am Werk und bringt sich als ordnende Macht ins Spiel*

Der verdiente Respekt gegenüber Russland ist ein Aspekt, mit dem Putin sich für sein Land ins Recht setzt und sein Volk damit agitiert. Der andere Aspekt, der noch die letzte Zweifler*in hinter dem Ofen hervorholen soll, ist die Drangsalierung des Volks in der Ukraine.

»Die Ent-Russifizierung und Zwangsassimilierung gehen weiter. Die Werchowna Rada erlässt unablässig mehr und mehr diskriminierende Gesetze, und ein Gesetz über die so genannten einheimischen Völker ist bereits in Kraft. Menschen, die sich als Russen verstehen und ihre Identität, ihre Sprache und ihre Kultur bewahren möchten, haben die klare Botschaft erhalten, dass sie in der Ukraine fremd sind.

Nach den Gesetzen über die Bildung und das Funktionalisieren der ukrainischen Sprache als Staatssprache ist das Russische aus den Schulen, aus allen öffentlichen Bereichen bis hin zu gewöhnlichen Geschäften verbannt. Das Gesetz über die so genannte Lustration, die »Säuberung« der Macht, ermöglichte es, unliebsame Beamte zu entlassen. [...] Auch die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats wird in Kiew weiterhin massakriert.«

Dass die ukrainische Politik vor seinem befohlenen Einmarsch auch nach innen sehr offensiv antirussisch unterwegs war, ist kein Hirngespinnst Putins. Das Sprachengesetz verpflichtet staatliche Stellen, wie eine Reihe von privaten Dienstleistungsbetrieben, zuallererst ukrainisch zu sprechen, sofern eine Bürger*in nicht um eine andere Sprache bittet. Es verbietet alle ausschließlich russischsprachige überregionale Medien.²² Die orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats wurde nach der russischen Annexion der Krim praktisch als ausländischer Agent behandelt.²³ Die kommunistische Partei ist deswegen verboten worden, weil jeder (reale oder vermeintliche) positive Bezug auf die UdSSR als unvereinbar mit der ukrainischen Identität gilt.²⁴

Mit »infamen Lügen«, wie von der deutschen Außenministerin behauptet, sind Putins Einlassungen jedenfalls nicht abgetan. Putins Einlassungen sind eine interessierte Lesart eines ukrainischen Staatsprogramms, das sich konsequent gegen Russland definiert und sich dabei nicht nur

ökonomisch von Russland abwendet und militärisch gegen Russland aufstellt, sondern auch das öffentliche Leben im Inneren so gestalten will, dass alles, was auf eine Hinwendung Russland hindeuten könnte, daraus entfernt wird. Mit der ukrainischen Sprache, der Kirche und dem Antikommunismus soll die Bevölkerung auf einen bestimmten Nationalismus verpflichtet werden, der zum politischen Kurs der Westbindung passt.

Bezogen auf Sprache und Kirchengang führt Putin denselben nationalistischen Gedanken mit umgekehrtem Vorzeichen aus. Sie werden als Kronzeugen für einen politischen Willen herangezogen, der sich seinem Wesen gemäß immer noch zu Russland hingezogen fühle. Dass die russischen Truppen in weiten Teilen der Ostukraine im Nachhinein nicht mit offenen Armen in Empfang genommen wurden, wurde hierzulande als Triumph gefeiert. Dabei lag der Triumph nicht einfach darin, dass die Bevölkerung keine Panzer vor der Haustür haben, nicht erschossen werden und ihr Haus nicht zerbombt haben will. Der Triumph lag in der Unterstellung, dass »das Volk« in der Ostukraine auch nichts anderes wolle – und in der Ukraine auch bekomme – als das, was das freiheitlich-demokratische Exportprogramm für sie in petto hat. Die eigene politische Parteilichkeit wird in die Menschennatur der Leute in der Ostukraine hinein projiziert, genauso wie in die Menschennatur der Afghan*innen und aller anderen Völker, die man mit seinem Staatsmodell beglücken will.

»Jetzt vergeht praktisch kein Tag mehr, an dem nicht Städte und Dörfer im Donbass beschossen werden. [...] Die Tötung von Zivilisten, die Blockade, die Misshandlung von Menschen, einschließlich Kindern, Frauen und älteren Menschen, geht unvermindert weiter. Ein Ende ist nicht in Sicht. Und die sogenannte zivilisierte Welt, zu deren einzigen Vertretern sich unsere westlichen Kollegen selbst ernannt haben, zieht es vor, das nicht zur Kenntnis zu nehmen, als gäbe es diesen ganzen Horror, den Genozid, dem fast vier Millionen Menschen ausgesetzt sind, nicht, und das nur, weil diese Menschen mit dem vom Westen unterstützten Putsch in der Ukraine im Jahr 2014 nicht einverstanden waren und sich der gesteigerten staatlichen

Bewegung hin zu einem höhlenartigen und aggressiven Nationalismus und Neonazismus widersetzen. Und sie kämpfen für ihre elementaren Rechte: in ihrem eigenen Land zu leben, ihre eigene Sprache zu sprechen, ihre Kultur und Traditionen zu bewahren.«

Im Donbass findet seit 2014 ein Krieg zwischen Russland nahe stehenden Separatisten und bewaffneten Einheiten auf Seiten der ukrainischen Zentralregierung statt. Dabei wird geschossen, dabei werden Zivilist*innen in Mitleidenschaft gezogen und dabei werden Zivilist*innen, denen Loyalität zum Gegner nachgesagt wird, von Soldaten drangsaliert. Darüber sollte man sich nichts vormachen. Putins Mitgefühl für die Zivilist*innen ist aber ein Instrumentelles. Ihre Sprache wird als Ausdruck eines politischen Willens, nämlich dem der separatistischen Führungen, genommen, insofern sind sie gut genug für Putins politische Einmischung im Donbass und insofern sind sie in erster Linie ein Berufungstitel für den militärischen Einmarsch in die Ukraine. Dafür wird mit dem Nazi- und Genozid-Vorwurf zunächst rhetorisch schweres Geschütz aufgeföhren, drei Tage später schickt er seine Armee auf eine »Spezialoperation«.

»Ziel dieser Operation ist es, die Menschen zu schützen, die seit nunmehr acht Jahren der Demütigung und dem Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind. Zu diesem Zweck werden wir versuchen, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren und diejenigen vor Gericht zu stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen an der Zivilbevölkerung, auch an Bürgern der Russischen Föderation, begangen haben.«

Die Aussagen zur Entrussifizierung und Völkermord geben Auskunft darüber, von welchen »Nazis« Putin die Ukraine befreien will. Dies zur Kenntnis zu nehmen, bringt mehr, als über den Einfluss des Asow-Regiments und des Rechten Sektors in der Ukraine zu schwadronieren. Mit einem Faktencheck, der Putin anhand ermittelter Zahlen über ukrainische Faschist*innen nach hiesigem Verständnis blamieren will, ist sein Standpunkt nicht widerlegt. Entscheidend ist vielmehr das: Putin erkennt in der Ukraine einen Stand-

punkt an der Macht, der Russland Schaden zufügen will und alles russische – Sprache, Kultur und schließlich auch Menschen – im eigenen Herrschaftsgebiet tilgen will. Die Russlandfeindlichkeit und überhaupt die Abwendung von Russland ist für Putin der Kern des Verbrechens und die Stellung gegen Moskau das Wesen des Nazismus. So gesehen erscheint die ukrainische Regierung als Nazi-Regime, unabhängig davon, ob nach westlicher Sicht Konservative, Liberale oder Rechtsradikale in der Regierung sitzen.

Die der ukrainischen Regierung angelastete Abwendung von Russland beinhaltet auch den Verrat an der gemeinsamen Geschichte. Um die Politisierung der Geschichte bzw. ihre nationalistische Inanspruchnahme geht es im nächsten Abschnitt.

Ganz zeitgemäß: Putin liest die Geschichte als Bestätigung seines politischen Willens

»Seit ältesten Zeiten nennen sich die Bewohner der südwestlichen historischen Gebiete des alten Russlands Russen und orthodoxe Christen. So war es auch im 17. Jahrhundert, als ein Teil dieser Gebiete mit dem russischen Staat wiedervereinigt wurde, und auch danach war das so.«

In der Eröffnung seiner Rede vom 21. Februar suggeriert Putin, dass die Ukraine historisch gesehen zu Russland gehöre und dass sich die Ukrainer*innen historisch gesehen als Russ*innen verstehen würden. In Deutschland gelten diese Ansichten als Ausdruck von Realitätsferne und als ein treibendes Motiv für den befohlenen Angriff auf die Ukraine.

Dagegen wollen wir das Argument stark machen, dass sich der politische Standpunkt nicht aus der Geschichte ergibt, sondern dass es der politisch interessierte Standpunkt ist, der sich die Geschichte heranzieht und so zurechtlegt, dass am Ende das herauskommt, was herauskommen soll. So wird der politische Standpunkt als historische Notwendigkeit dargestellt. Diese Kunst der Verdrehung hat Putin nicht allein für sich gepachtet, sie ist ein Wesensmerkmal bürgerlicher Geschichtsschreibung. Im Folgenden zeichnen wir nach, was Putin genau mit der Geschichte begründen will und wie historisches Denken generell funktioniert.

»[D]ie moderne Ukraine [wurde] vollständig von Russland geschaffen, genauer gesagt, vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. [...] Natürlich hat niemand die Millionen von Menschen, die dort lebten, nach irgendetwas gefragt. [...]

Im Hinblick auf das historische Schicksal Russlands und seiner Völker waren die leninistischen Prinzipien des Staatsaufbaus nicht nur ein Fehler, sondern weitaus schlimmer als ein Fehler. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991 wurde das absolut offensichtlich.«

Putin unterstellt hier zweierlei: Erstens sei die Ukraine ein künstliches Gebilde, dessen Gründung ein Fehler der Bolschewiki war. Das bis 1917 existierende Zarenreich erscheint als Sinnbild eines heilen russischen Imperiums, in dem sich die Völker und Nationen vereint finden unter einer guten Herrschaft. Die Bolschewiki hätten

mit einer künstlichen Aufteilung des Imperiums einen Separatismus angefeuert, der dem eigentlichen Willen der Völker und insbesondere der Ukrainer*innen wesensfremd sei. Damit stützt er sich auf den Wesenskern der politischen Ideologie des Nationalismus. Hierin wird ein gemeinsames Wesen einer Gruppe von Menschen behauptet, aus dem sich ein gemeinsamer Wille nach einer einigenden Herrschaft ergebe, und dieser Wille finde in einem Staatswesen seine Erfüllung. Diesen Gedanken teilt Putin mit der politischen Führung und fast allen Menschen in der Ukraine und in den westlichen Staaten.

Die Uneinigkeit in Bezug auf die Ukraine besteht im Inhalt des unterstellten politischen Willens. In der heutigen Ukraine und im Westen gilt die Geschichte unter zaristischer und sowjetischer Herrschaft als Geschichte der nationalen Unterdrückung und als Verhinderung der Orientierung nach Europa. Für Putin gilt die Orientierung an Russland als der eigentliche Inhalt des ukrainischen Volkswillens. Dass die Ukraine offensichtlich einen anderen Kurs fährt, lastet er einer politischen Führung an, welche das Land seit 1917 auf nationale Irrwege geführt habe.

Folgerichtig erscheint ihm die Politik der ukrainischen Regierungen nach 1991 als konsequente Abweichung von ihrem eigentlichen nationalen Auftrag.

»Gleichzeitig [zu Verhandlungen mit dem Westen] haben die ukrainischen Regierungen von Anfang an [...] damit begonnen, ihre Staatlichkeit auf der Leugnung all dessen aufzubauen, was uns verbindet, sie haben versucht, das Bewusstsein und das historische Gedächtnis von Millionen von Menschen, ganzer Generationen, die in der Ukraine leben, zu entstellen.«

Dementsprechend rechnet er seinem Volk vor, in welcher politischen und ökonomischen Misere die Ukraine zu Beginn des Jahres 2022 stecke.

»In der Ukraine gibt es immer noch keine dauerhafte Staatlichkeit und die politischen Wahlverfahren dienen nur als Deckmantel, als Projektionsfläche für die Umverteilung von Macht und Eigentum zwischen verschiedenen Oligarchenclans. [...]

Die Ukraine befindet sich in einer akuten sozioökonomischen Krise. [...] 2019 [waren] fast sechs Millionen Ukrainer, ich betone, etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung, [...] gezwungen, auf der Suche nach Arbeit ins Ausland zu gehen. In der Regel handelt es sich dabei um Gelegenheitsjobs. [...] Seit 2014 haben sich die Wassertarife um fast ein Drittel erhöht, die Strompreise um ein Mehrfaches und die Gaspreise um das Zehnfache. Viele Menschen haben einfach nicht das Geld, um die Nebenkosten zu bezahlen, sie müssen buchstäblich überleben.«

Auch hier kann man sagen: auf der Faktenebene trifft Putin was. Dieselbe Situation wird auch von westlicher Seite kritisch betrachtet und der Ukraine als mangelnde Reformbereitschaft, Demokratiedefizit und Justiz- und Korruptionsproblem unter die Nase gehalten.²⁵ Was Putin hier bewegt, ist aber nicht die elende Lage der Bevölkerung in der Ukraine, sondern die Darstellung einer nationalen Schmach, die ein Ergebnis der Politik einer Führung sei, die sich in ihrem Denken, Fühlen und Handeln von ihrem angeblichen völkischen Wesen entfernt habe. Eine solche Elite, die sich von ihrem eigenen Wesen distanziiert, habe das ukrainische Volk nicht verdient und eine nationale Befreiung mit russischer Hilfe sei doch ganz im Sinne der Ukrainer*innen.²⁶

Die russische Bevölkerung, die Putin in seiner Rede anspricht, soll sich ungeachtet der Verarmung, die sie in den letzten 30 Jahren erfahren hat, auf der richtigen Seite fühlen – unter der richtigen Herrschaft.

Dieser Herrschaft soll die Bevölkerung in Russland jetzt folgen, sich mit der ganzen westlichen Welt anlegen, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Sanktionen mitmachen und nicht zuletzt das eigene Leben opfern. Dieses Programm soll die Bevölkerung nicht einfach nur hinnehmen, sondern als ihre ureigenste Sache begreifen. Dafür wird das ideologische Arsenal des Nationalismus in Stellung gebracht:

»Die Kultur und die Werte, die Erfahrungen und die Traditionen unserer Vorfahren bildeten stets eine starke Grundlage für das Wohlergehen und die Existenz ganzer Staaten und Nationen, für ihren Erfolg und ihre Lebensfähigkeit. [...]

Wir alle wissen, dass wir nur dann wirklich stark sind, wenn wir Recht und Wahrheit auf unserer Seite haben. Wenn dies der Fall ist, kann man wohl kaum bestreiten, dass unsere Stärke und unsere Kampfbereitschaft das Fundament für Unabhängigkeit und Souveränität sind und die notwendige Grundlage für den Aufbau einer verlässlichen Zukunft für Ihre Heimat, Ihre Familie und Ihr Vaterland bilden. [...]

Letzten Endes liegt die Zukunft Russlands in den Händen seines multiethnischen Volkes, wie es in unserer Geschichte immer der Fall gewesen ist. Das bedeutet, dass die Entscheidungen, die ich getroffen habe, umgesetzt werden, dass wir die gesteckten Ziele erreichen und die Sicherheit unseres Mutterlandes zuverlässig gewährleisten werden.«

Der angebliche »Volkswille« ist bei Putin (genau wie bei anderen Herrschern unter anderem des Westens) als eigentlicher Auftraggeber des politischen Programms unterstellt. Andererseits macht

sich die Führung nicht von den Interessen in der Bevölkerung abhängig in dem, was sie vorhat und durchzieht. Nichts liegt ferner, als dass Putin die Bevölkerung fragt, bevor er seine Truppen in die Ukraine schickt. Was das Volk – hier gemeint als die Betroffenen der Entscheidungen ihrer politischen Führung – tatsächlich zu melden hat, gibt Putin auch ganz offen zu: umsetzen, was er entschieden hat. In der Rhetorik, dass Putin in seinen Entscheidungen dem Volkswillen zum Durchbruch verhelfen würde, steckt gleichzeitig der Auftrag an das Volk, die Entscheidungen der Führung nicht passiv zu ertragen, sondern als ihre eigene Sache begreifen und aktiv dabei zu sein im Krieg gegen die Ukraine und den Rest der Welt.

Einen guten Grund für dieses Opfer soll wieder die Geschichte abgeben:

»Die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und die Opfer, die unser Volk bringen musste, um den Nationalsozialismus zu besiegen, sind heilig.«

Die Toten der Kriege als Kronzeugen für das eigene politische Programm in Stellung zu bringen, ist eine beliebte Gemeinheit von Staatsführer*innen in Ost und West. Man denke nur an den damaligen Außenminister Joschka Fischer, der 1999 Auschwitz als Argument dafür nahm, um Bomben auf Belgrad zu schmeißen. Mit über 20 Millionen sowjetischen Kriegstoten (Putin) oder 6 Millionen ermordeten Jüd*innen bekommt das Argument mit der Geschichte den Status der Unwiderlegbarkeit. Die Toten vergangener Kriege und staatlich orchestrierte Vernichtungsprogramme sind dann das Argument dafür, dass heute Leute getötet und die Opfer an der Heimatfront erbracht werden. Dass diese Rhetorik nicht als gemeiner Zynismus entlarvt, sondern in Volk und demokratischer Öffentlichkeit weiter die Runde macht, liegt am geteilten Nationalismus von Oben und Unten.

Wie Geschichte zum Argument gemacht wird

Bürgerliche Geschichtsschreibung ist die Legitimation des Bestehenden aus dem Vergangenen. Geschehnisse in der Vergangenheit werden so zusammengefügt und mit Sinn versehen, dass sie zu einer Vorstufe dessen werden, was aktuell Staatsräson oder staatliche Interessenlage ist. Wenn Putin in die Geschichte abgeleitet, um zu schildern, warum die heutige Ukraine eine konsequente Abkehr von der »wahren« Ukraine als Teil des Russischen Imperiums sei, ist das von der Sache her genauso absurd wie die Titulierung Karls des Großen als ersten Europäer. Putin der Realitätsferne zu bezichtigen, ist dabei genauso falsch, wie der Versuch, ihn mit der wahren Geschichte oder einer anderen historischen Lesart zu widerlegen. Überhaupt, was Putins Geschichtsbild hierzulande so verkehrt erscheinen lässt, hat weniger mit seinem unzureichenden geschichtswissenschaftlichen Handwerkszeug zu tun, als vielmehr damit, dass es sehr konsequent auf einen politischen Standpunkt herauskommt, der eben nicht Europa, sondern Russland heißt – und dass beides zusammen mit Blick auf die Ukraine gerade unvereinbar ist.

Und was lernen wir daraus?

Anhand seiner Reden haben wir in den letzten vier Abschnitten aufgezeigt, welche Rationalität Putins faktischer Kriegserklärung gegen die Ukraine und die westliche Welt innewohnt. Gemessen an seinen nationalen Ambitionen, militärisch Weltmacht zu bleiben und politisch die Stellung in Osteuropa zu halten, sah er nicht unbegründet Gefahr im Verzug. Diese politische Lage hat er sich und seinem Volk in einen geschädigten Rechtsanspruch übersetzt, dem Gegner einen nationalen Verrat, die Zerstörung der nationalen Identität und Völkermord vorgeworfen und ihn aus dieser Perspektive in eine Reihe mit Hitler & Co gestellt. Weil sich der ukrainische Nationalismus zum Störfaktor für Russlands nationale Interessen entwickelt hat, zitiert er die Geschichte in einer Weise, dass die Existenzberechtigung der Ukraine mit einem großen Fragezeichen versehen wird.

Wenn wir darauf hingewiesen haben, dass der Westen und insbesondere die deutsche Öffentlichkeit von der Sache her nicht anders tickt, dabei aber mit einem diametral entgegengesetzten politischen Willen unterwegs ist, dann ist das nicht als Verharmlosung oder Rechtfertigung Putins zu verstehen. Was uns wichtig war, ist die Logik des nationalistischen Fehlers aufzuzeigen – eine Logik, die sich aktuell in der Brutalität eines Krieges Bahn bricht und das Volk dafür in die Pflicht nimmt. Die Menschen in Russland bekommen gute Gründe aufgetischt, warum sie kürzer treten und die Soldaten sich in der Ukraine abknallen lassen sollen; die Menschen in der Ukraine, warum sie sich für ihr Staatsprogramm bis zur letzten Patrone aufzuopfern haben; und die Menschen in Deutschland, warum Preissteigerungen, Aufrüstung und die Eskalation des Krieges durch Waffenlieferungen unausweichlich seien. Den Schaden hat in jedem Fall die Bevölkerung, die von ihrer Führung praktisch und ideologisch in die Pflicht genommen wird. Als wären die Dinge von der Sache her nicht schlimm genug, lässt sich die Öffentlichkeit in Deutschland die ideologische Indienstnahme nicht nur gefallen, sie treibt sie aktiv voran mit immerwährenden Forderungen nach noch mehr Embargo gegen Russland, nach noch weniger Rücksicht gegen den materiellen Schaden, den die Bevölkerung zu erwarten hat und nach noch mehr Waffen für die Ukraine.

Sich das bewusst zu machen, Putin mal nicht als irren Feind der Weltgemeinschaft zu nehmen, sondern an seinem Beispiel zu studieren, wie Nationalismus funktioniert und welchen Schaden er anrichtet, ist ein erster Schritt, diesem System zumindest innerlich eine Absage zu erteilen.

»Wer redet, der schießt nicht« ist Diplomatie und Kriegsdrohung eigentlich ein Gegensatz?

»Gestern hat deswegen zum ersten Mal seit Langem – auch das ist keine Selbstverständlichkeit – wieder ein physisches Beratertreffen im Normandie-Format stattgefunden. Wir haben dort über acht Stunden lang verhandelt. Ob dabei etwas rauskommt, wissen wir nicht. Niemand kann das in dieser Zeit mit hundertprozentiger Sicherheit sagen. Aber: Wer redet, der schießt nicht.« (Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am 27.01.2022 im Bundestag)²⁷

Baerbock behauptet hier, dass Krieg und Verhandeln ein Gegensatz sei. Und in der Friedensbewegung ist diese Vorstellung der zentrale Fehler. Ein falscher Gegensatz, der in das Selbstbild der Europäer*innen als Friedensstifter im Gegensatz zu den USA als Cowboys eingeflossen ist. Wer sich die Geschichte moderner Kriege anguckt, dem müsste dagegen Folgendes auffallen:

Die Rolle der Gewalt für die Diplomatie im Frieden

Vor dem Krieg gibt es immer einen Zustand des Friedens, und der hat eine Beziehung zwischen Staaten zum Inhalt. Frieden ist also nicht einfach ein leeres Blatt Papier, das sich nur durch die Abwesenheit von Bombenabwürfen auszeichnet. Gewaltmonopole, bis an die Zähne bewaffnet, stehen sich hier gegenüber. Sie gehen wirtschaftliche Beziehungen ein, damit die Nationen sich jeweils aneinander bereichern können. Dafür machen die Staaten internationale Verträge. Schon hier fällt die erste elementare Rolle der Gewalt für den Frieden an: Zwischenstaatliche Verträge unterstellen, dass sich die Staaten wechselseitig als Gewaltmonopol über dessen Land und Leute anerkennen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, wie zahllose Gebietsansprüche in der Staatenwelt bezeugen; und insbesondere, wenn nationale Befreiungsbewegungen sich einen neuen Staat erkämpfen, ist es immer die Frage, ob ausländische Mächte die neuen Regierungen auch als neue Herren über Land und Leute anerkennen.

Damit die heimischen Kapitale sich am Ausland bereichern können, muss allen elementaren Bedingungen des Geldverdienens im Inneren einer Gesellschaft auch nach außen hin Geltung verschafft werden: das Eigentums- und Vertragsrecht und die Möglichkeit dieses irgendwo vor Gericht durchzusetzen. Wenn ein deutsches und ein französisches Unternehmen einen Vertrag abschließen, dann müssen der deutsche und der französische Staat in einem zwischenstaatlichen Vertrag regeln, wo die Unternehmen ihr privates Eigentumsrecht und die Vertragserfüllung zwischen den Unternehmen erzwingen können. Alle Verträge zwischen den Unternehmen (oder sonstigen privaten ökonomischen Akteuren) unterstellen, dass ihre Staatsgewalten bereits in

gesonderten Staats-Verträgen geregelt haben, wie das ablaufen hat. In diesen Verträgen sind weiter Zölle, Produktrichtlinien, Dienstleistungsvorschriften, Sozial- und Umweltstandards usw. enthalten. Dies sind weitere Hebel, um dem nationalen Kapital Zugriff auf den ausländischen Markt und zugleich einen gewissen Schutz vor der ausländischen Konkurrenz zu geben. Weil alle erfolgreichen kapitalistischen Staaten das Gleiche wollen – ihre Kapitalisten sollen sich an der anderen Nation bereichern – stehen sie bei aller vertraglicher »Kooperation« ständig im Gegensatz.²⁸ Mit anderen, nicht so erfolgreichen Staaten werden Verträge gemacht, die für eine billige und zuverlässige Rohstoffzufuhr für die kapitalistische Akkumulation in den Zentren sorgen sollen. Hier sichern die zwischenstaatlichen Verträge häufig nicht das Geschäft von privaten Kapitalisten aus den beiden Ländern ab, sondern das Geschäft zwischen privaten Energiemultis und dem Rohstoff-Staat selbst, der ihnen Flächen gegen Pacht zur Verfügung stellt.

Wenn zwei Bürger eines Staates einen Vertrag abschließen, dann ist der Staat, der über sie herrscht, die Instanz, die den Vertrag letztlich mit Gewalt sichert. In den internationalen Beziehungen dagegen sind die Staaten als Vertragspartner zugleich die Instanzen, die für die Durchsetzung der Verträge gegen den staatlichen Vertragspartner sorgen. Den Respekt bei dem »Partner« müssen sie sich selbst schaffen – letztlich mit der Gewalt, die sich gegen die andere staatliche Gewalt messen lassen kann. Das ist die zweite elementare Leistung der Gewalt im Frieden.

Für bessere Konditionen für das eigene nationale Interesse machen sich die Staaten Angebote und/oder erpressen sich wechselseitig. Auch wenn diese Erpressung vielleicht erstmal nur mit wirtschaftlichen Mitteln (d.h. drohende Handelsvertragsveränderung) passiert, steht das militärische Potenzial allemal mit hinter der Verhandlungsmacht. Schließlich droht dann ein Gewaltmonopol einem anderen Gewaltmonopol eine Schädigung an und das muss man sich leisten können. Soll ein anderer Staat sogar mit einem Embargo zur Vernunft gebracht werden, muss der eine Staat sogar allen anderen Staaten in der Welt glaubwürdig machen, dass sich ein Mitmachen des Embargos empfiehlt (siehe z.B. die Forderung der USA an China, die Geschäfte mit Nord-Korea einzustellen). Auch hier spielt die Gewalt, die ein Staat als Drohung anderen Staaten gegenüber aufbauen kann, seine zentrale Rolle.

Kurzum: Diplomatie ist zwar nicht dasselbe wie Bomben werfen, sie beruht aber auf der glaubwürdigen Drohung, dies jederzeit tun zu können.

Die diplomatische Drohung mit der Gewalt

Dem internationalen Handel wird allgemein eine friedensstiftende Wirkung nachgesagt. Das stimmt nur sehr bedingt: Wenn die heimischen Kapitalisten sich an Land, Leute und Geld des fremden Staatswesens bereichern können, dann hat der eine Staat durchaus das Interesse daran, dass der andere Staat als Gewaltmonopol funktioniert. Schließlich soll der mit seiner Gewaltmacht die internationalen Verträge bei sich durchsetzen. Ist das Gewaltmonopol fragil (Stichwort *failed state*), dann sind die internationalen Abmachungen von vornherein nicht viel wert. Zudem mögen die eigenen Kapitalisten an einer auswärts florierenden Wirtschaft besser verdienen, als einer kaputtgehenden Ökonomie.

Allerdings sind mit dem funktionierenden Handel die gegensätzlichen nationalen Bereicherungsinteressen nicht aus, sondern permanent in der Welt. Und je mehr der Erfolg der nationalen Wirtschaft auf der Benutzung des Auslands beruht, desto mehr definieren die Staaten ihre elementaren Interessen als vom Ausland abhängig. Und das spornt sie an, sich die anderen Länder verlässlich für die eigenen nationalen Interessen unter Kontrolle zu bringen.

Neben die Bedeutung, die die internationalen Verträge für das nationale Kapital haben mögen, tritt die Bedeutung, dass die Verträge den gegenüberliegenden Staat an einen selbst binden und ggf. andere konkurrierende Staaten ausmischen sollen. Erfolgreiche Staaten definieren dann andere Länder oder gleich ganze Regionen als ihre Einflusszone und begutachten kritisch, dass das auch so bleibt. Und weil die militärische Gewalt ihre Bedeutung eben im Frieden hat, wird die Frage, wie sich der gegenüberliegende Staat mit Waffen ausstattet, zu einer entscheidenden Ecke bei der Frage, ob der andere Staat sich den eigenen nationalen Ansprüchen fügt oder sich als sperrig erweist.

Die Staaten ziehen über ihre diversen Verträge, Änderungsanträgen begleitet von Angeboten und wirtschaftspolitischer Erpressung und dem jeweiligen Nutzen Bilanz. Sie verdichten ihr Urteil über den Nutzen des fremden Staates für sich in Bilanz-Urteile: Die Beziehungen zu Land xy sind »freundlich«, »unfreundlich«, »kühl«, »eisig« oder am Ende der Skala »feindlich«. Andere Urteile über fremde Staaten sind »Bündnispartner«, »Strategischer Partner« oder »Systemrivale«.

In der Regel berücksichtigen die Staaten bzw. deren Regierungen die dabei vorhandenen wirtschaftlichen und militärischen Machtverhältnisse, welche durch diverse Bündnisse modifiziert werden. Respekt für nationale Anliegen, die andere Staaten berücksichtigen sollen, verlangen sie entlang der relativen Machtverhältnisse. Wer das aus nationalistischer Borniertheit nicht so macht, sieht sich schnell in der Lage, dass ein mächtigerer Staat einen selbst zum Feind erklärt.

Die Staaten sprechen sich also Rechte in der Welt zu, die mit Ansprüchen anderer Staaten kollidieren; und welche Rechte ein Staat dann tatsächlich auch zum Prüfstein internationaler Beziehungen macht, basiert auf den zugrundeliegenden Kräfteverhältnissen. So schafft staatliche Macht Rechte in der Welt, und je mächtiger ein Staat vergleichsweise wird, desto mehr Rechte spricht er sich gegen die anderen zu und will, dass die anderen Staaten diese anerkennen.

Da erheben Staaten den Anspruch über die wirtschaftliche, militärische oder politische Struktur der Nachbarländer mitzuentcheiden und geraten darüber in Konflikt zu anderen Mächten, die dasselbe beanspruchen (etwa der Konflikt zwischen der NATO/EU und Russland hinsichtlich der Ukraine). Als Weltmacht gilt der Anspruch »selbstverständlich« global und dieser Anspruch mag von anderen potenten Staaten nicht anerkannt sein (so erheben Russland und China regelmäßig Einspruch, wenn die USA und ihre Verbündeten in der UNO mal wieder das Recht offiziell einfordern, ein unliebsames Regime abzusetzen, wie im Irak, in Syrien oder Libyen geschehen).

Krieg liegt dann in der Luft, wenn ein Staat meint, dass ihm zustehende elementare Rechte ignoriert werden und der andere Staat das Kräfteverhältnis falsch einschätzt. Jeder Staat kalkuliert bei internationalen Beziehungen darauf, dass die gegenüberstehende Seite in der Lage ist, durchzurechnen, wie militärische und wirtschaftliche Macht verteilt sind. Soweit beide Staaten die Einschätzung haben, dass die Kräfteverhältnisse (Überlegenheit, Unterlegenheit etc.) halbwegs korrekt vom Gegenüber gewürdigt werden, wird weiter verhandelt. Wenn ein Staat aber meint, dass die eigentlich dem Kräfteverhältnis angemessene Unterordnung des anderen Staates nicht eingehalten wird, dann wird die Beziehung kühl, eisig und schließlich feindlich. Gerade in diesem Moment werden diplomatische Noten ausgetauscht, was das Zeug hält. Weil: Auf Krieg ist kein Staat einfach so scharf. Der Krieg vernichtet Reichtum – bei sich, wie beim anderen Staat – statt dass sich die eine Nation an der anderen bereichern kann. Eine durch überlegene Stärke gewonnene Unterordnung des Gegenübers durch dessen vorausschauende Einsicht ist viel besser als ein durch Waffengang erzwungenes Verhältnis. Vor dem Krieg steht also die diplomatische Drohung mit dem Krieg an.

Die Diplomatie im Krieg

Die Diplomatie am Ende des Krieges

Kommt es zum Krieg, gibt es dafür irgendeinen konkreten Anlass, der sich auch gerne gesucht wird. Der eigentliche Grund des Krieges liegt aber in all den zusammenaddierten Gegensätzen vor dem Krieg, bei denen der Staat den Eindruck hat, dass der gegenüberliegende Staat das Kräfteverhältnis nicht richtig einschätzt. Er sieht die Position, die er sich in der Staatenhierarchie zuschreibt, nicht ausreichend gewürdigt und macht den Übergang, den anderen Staat, der die Anerkennung der beanspruchten Position nicht nachvollziehen mag, militärisch zu schädigen. Dessen Reichtumsquellen werden angegriffen (Land und Produktionsstätten kaputt gemacht, die Untertanen getötet), und das gegenüberliegende Militär soll dezimiert werden, damit der andere Staat seine unterlegene Position endlich anerkennt. Weil es um letzteres geht und nicht einfach um kriegsgeiles Abschlichten, wird während des Krieges fortlaufend diplomatisch weiter verhandelt im Sinne von »siehst du es jetzt endlich ein?«. Dieses »Es« hat dann immer eine doppelte Bedeutung: Einerseits hat das »Es« konkrete Inhalte, etwa die Anerkennung eines strittigen Grenzverlaufs oder der Verzicht auf die Beschaffung bestimmter Waffen. Zugleich stehen diese konkreten Inhalte für ein abstrakteres Prinzip: »Sieh ein, dass deine Souveränität unterhalb meiner Souveränität liegt.«

Der Krieg endet dann wiederum mit Diplomatie. Die Waffen schweigen, wenn der Krieg entweder so gewonnen ist, dass die andere Seite in die ursprünglichen oder auch in zusätzliche, während des Krieges gemachte Forderungen einwilligt. Oder aber der andere Staat kapituliert vollständig. So ist das Kräfteverhältnis praktisch neu entschieden, und der Inhalt des Friedens ist dann immer bestimmt durch das Diktat des Siegers. Die Über- und Unterordnungsfrage ist praktisch geklärt. Damit das auch länger so bleibt, sind in den Verträgen am Ende des Krieges in der Regel lauter Abrüstungs- oder Rüstungsbeschränkungsregeln für den Verlierer enthalten. Genau wegen des Wissens des Siegers darum, welche Bedeutung Militärstärke im Frieden hat, wird diese in weiser Voraussicht bei dem Verliererstaat beschränkt (das hat das Deutsche Reich nach dem ersten Weltkrieg und die BRD nach dem zweiten Weltkrieg erfahren).

Das Gewaltpotential als Kriegsgrund

Wegen des Wissens um die Bedeutung der Gewaltmittel im Frieden, drehen sich sehr viele zwischenstaatliche Verträge oder Streitfragen um die Rüstungsbemühungen der Staaten. Fortschritte in eine kriegerische Auseinandersetzung entzünden sich dann weniger entlang bestimmter wirtschaftspolitischer Fragen, sondern vor allen entlang von Fragen um Kriegsgerät. Nord-Korea und Iran wollen das von der USA beanspruchte Recht, in ihren Regionen in Ordnungsfragen entscheidend mitzubestimmen, nicht anerkennen. Damit handeln sie sich die Feindschaft der USA ein und sehen sich einer permanenten Kriegsdrohung ausgesetzt. Nicht um die USA zu überfallen, wohl aber um einem potentiellen Überfall der USA auf sich selbst eine hohe Schadensbilanz für die US-Streitkräfte entgegenzusetzen, bemühen oder bemühten sie sich um Atomwaffen (aus demselben abschreckenden Grund bemühen sich viele Staaten um Chemiewaffen). Diese Bemühungen sorgen dann für einen neuen konkreten Kriegsgrund, weil die überlegenen Staaten oder die USA eben genau das nicht wollen: ihre Kriegsführungskalkulation mit potentiellen hohen menschlichen und materiellen Opfern zu beschweren.

Der Frieden ist das Resultat des Krieges

Nach einem Krieg ist wieder Frieden, und die Staaten belämmern sich mit ihren gegensätzlichen Interessen auf Grundlage der neuen Über- und Unterordnung. Auch der Verlierer kann sich was rausnehmen, aber eben nur relativ zu dem neuen Kräfteverhältnis – sonst steht der nächste Waffengang an. Für den Sieger kann der Waffengang ein Mittel des nationalen Bereicherungsinteresses sein – selbst wenn er viel Geld ausgegeben und viele Soldaten verloren hat. Nämlich dann, wenn ihm durch den Krieg eine Machtdemonstration gelungen ist, die den Kriegsgegner, aber auch andere Staaten in – für ihn – bessere Über- und Unterordnungsverhältnisse eingruppiert. Dann lässt sich der Rest der Welt nämlich besser für die nationale Reichtumsvermehrung erschließen und benutzen. Manchmal haben Kriege aber auch ein Unentschieden zum Resultat, d.h. die Staaten einigen sich diplomatisch darauf, dass derzeit keine Seite gewinnen kann. Statt die Vernichtung von Reichtum fortzusetzen – was sich die Staaten auf Dauer nicht leisten wollen, weil andere Staaten wie die Geier auf die Kräfteverzehrung lauern – vereinbart man einen Waffenstillstand ohne eine große Veränderung der vor dem Krieg bestehenden internationalen Verträge. Frieden ist angesagt, weil der Krieg für die Staaten derzeit keinen Sinn macht, und im Frieden wird sich bemüht, mittels neuer Aufrüstung oder Bündnispartner den alten Streit dann doch nochmal irgendwann zu »lösen«. Die Staaten arbeiten dann auf einen Zustand hin, in dem der Krieg wieder Sinn macht, also gewonnen werden kann.

Fazit: An allen Etappen des zwischenstaatlichen Verkehrs zeigt sich, dass Gewalt wie Diplomatie zu jeder Zeit Mittel kapitalistischer Staaten sind und dass beide Mittel zeitgleich zum Einsatz kommen, weil sie notwendig zusammengehören.

Fußnoten

¹ Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew laut Handelsblatt am 30.01.2022; <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-news-ukraine-will-durch-osze-mit-russland-verhandeln-keine-sperrung-des-ukrainischen-luftraums-geplant/27982126.html>; eingesehen am 13.02.2022

² Aus der Antwort der NATO und der USA an Russland Ende Januar/Anfang Februar. Geleakt von der spanischen Tageszeitung El Pais: https://elpais.com/infografias/2022/02/respuesta_otan/respuesta_otan_euu.pdf; eingesehen am 13.02.2022

³ Für die Bemühungen der USA ist hier ein empirisch sehr reichhaltiger Artikel des Gegenstandpunktes empfohlen: <https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/usa-treiben-entmachtung-ihres-russischen-rivalen-voran>; eingesehen am 14.02.2022

⁴ Über Freihandel als Mittel der ökonomisch überlegenen Staaten und über die Notwendigkeit der militärischen Absicherung solcher Regeln siehe den Text: »Was ist Imperialismus?«: <https://gegenkapital-und-nation.org/was-ist-imperialismus/>

⁵ Antwort der NATO und der USA an Russland: https://elpais.com/infografias/2022/02/respuesta_otan/respuesta_otan_euu.pdf; eingesehen am 13.02.2022

⁶ Tagesschau.de, 01.03.2022; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-krieg-russland-truppen-kiew-105.html>; eingesehen am 04.03.2022

⁷ Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 19.02.2022. Übersetzung des englischen Textes, den die staatliche ukrainische Nachrichtenagentur Ukrinform veröffentlicht hat (via Google Translate) auf <https://www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/selenskyj-einer-von-uns-luegt-li.212932>; eingesehen am 28.02.2022

⁸ <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20019.pdf>, S. 1350 und 1354

⁹ Zitiert aus der Übersetzung in dgksp-Diskussionspapiere März 2022, S. 63 und 66; <https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A78553/attachment/ATT-0/>; eingesehen am 11.05.2022

¹⁰ Zitiert aus der Übersetzung in dgksp-Diskussionspapiere März 2022, S. 77; <https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A78553/attachment/ATT-0/>; eingesehen am 11.05.2022

¹¹ Remarks by President Biden in State of the Union Address am 02.03.2022; <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2022/03/02/remarks-by-president-biden-in-state-of-the-union-address/>; eingesehen am 08.03.2022

¹² <https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2022/aufrufe/berlin>; eingesehen am 09.06.2022

¹³ Siehe dazu den letzten Text in dieser Broschüre.

¹⁴ <https://adoptrevolution.org/alternativer-ostermarsch-2022/>; eingesehen am 09.06.2022

¹⁵ Auf zwei abweichende Meinungen sei hier beispielsweise hingewiesen: <https://communaut.org/de/ukraine-korrespondenzen-teil-i-und-ii> und <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-deutschen-wollen-den-krieg-in-der-ukraine-gewinnen>; jeweils eingesehen am 09.06.2022

¹⁶ Gegen diesen nationalistsichen Fehlschluss siehe den Text »Hört auf, »die Ukraine" und ihre Bevölkerung in einen Topf zu werfen« in dieser Broschüre.

¹⁷ Zitiert nach FAZ am 29.03.2022; <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukrainerin-im-kanzleramt-weltuntergang-nicht-ausgeschlossen-17919075.html>; eingesehen am 09.06.2022

¹⁸ »Putins Kriegserklärung – wie rechtfertigt er den Angriff?«. <https://www.ardaudiothek.de/episode/alles-ist-anders-krieg-in-europa/putins-kriegserklaerung-wie-rechtfertigt-er-den-angriff-06/ard/10361459/>. Zugriff am 07.06.2022

¹⁹ Anerkennung des Donbass: Präsident Putins komplette Rede an die Nation vom 21.02.2022. <https://linkezeitung.de/2022/02/22/anerken-nung-des-donbass-praesident-putins-komplette-rede-an-die-nation-im-wortlaut/> Zugriff am 27.02.2022. Putins Erklärung zum »Lügenimperium« vom 24.02.2022 auf deutsch: Ukraine Angriff und Anerkennung von Donbass. <https://positionpolitique.ch/vladimir-putins-grosse-rede-als-deutsche-audiodatei-oder-deutsche-abschrift/> Zugriff am 27.02.2022

²⁰ Was in diesem Textabschnitt nur kurz zusammengefasst ist, lässt sich andernorts vertiefen. Die machtpolitische Zuspitzung der unvereinbaren Interessen Russlands und der USA mit der NATO ist im Gegenstandpunkt 1/22 sehr treffend analysiert: <https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/ukraine-russland-nato>. Amerikanische Strategien zur weltpolitischen Entmachtung ihres russischen Rivalen wurden im Gegenstandpunkt 3/19 zusammengetragen und auf den Punkt gebracht: <https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/usa-treiben-entmachtung-ihres-russischen-rivalen-voran>.

²¹ Die Ergebnisse der deutsch-europäischen Menschheitsmission ließen sich vor dem Krieg auch in der Ukraine sehen: Verlust der industriellen Basis, massenhafte Verarmung, kaputtes Gesundheitssystem... Einiges dazu findet sich in den Ukraine-Analysen der Bundeszentrale für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/>. Da lohnt es nicht zu spekulieren, unter welcher Herrschaft die Ukrainer*innen schlechter dran seien als unter der anderen

²² Vgl. FAZ vom 19.01.2022, »Das Russische abwürgen«. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-neues-sprachgesetz-soll-das-russische-zurueckdraengen-17736397.html> Zugriff am 07.06.2022

²³ Vgl. Deutschlandfunk vom 02.06.2017. »Ukraine will gegen Russisch-Orthodoxe Kirche vorgehen«. <https://www.deutschlandfunk.de/gespaltene-orthodoxie-ukraine-will-gegen-russisch-orthodoxe-100.html>. Zugriff am 07.06.2022. Vatikan-News vom 24.12.2018. »Ukraine: Präsident unterzeichnet Gesetz für religiöse Organisationen«. <https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2018-12/ukraine-neues-gesetz-kirche.html>. Zugriff am 09.06.2022.

²⁴ Vgl. hierzu den RLS-Artikel zur ukrainischen Parlamentswahl 2019, »Elitenaustausch in der Ukraine«. <https://www.rosalux.de/news/id/40812/elitenaustausch-in-der-ukraine>. Zugriff am 07.06.2022

²⁵ Eine Abrechnung aus EU-Sicht findet sich im Artikel in der SZ vom 23.09.2021, »Haus ohne Fundament«. <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-korruption-rechnungshof-1.5419576>. Letzter Zugriff am 07.06.2022

²⁶ Ob Putin die Ukraine als Ganze in die heutige Russländische Föderation eingliedern oder eine eigene Staatlichkeit belassen will, bleibt in seinen Reden ein wenig unklar. Deutlich wird aber, worauf es ihm ankommt. Das Staatsprogramm der Ukraine soll sich nach Russland ausrichten, die Führung soll ihren Fokus auf Moskau statt auf Brüssel richten und der Nationalismus der Elite und der kleinen Leute soll seine Identität mit dem Russischen wiedererkennen.

²⁷ Plenarprotokoll S. 881f.; <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20014.pdf#P.880>

²⁸ Über den Zusammenhang der Weltwirtschaftsordnung und dem immensen Waffenhaushalt der Staatenwelt siehe »Was ist Imperialismus?«; <https://gegenkapital-und-nation.org/was-ist-imperialismus/>

SI VIS PACEM

Platon • Cicero • Russland • Ukraine • NATO • EU

PARA BELLUM

Broschüre als Audio-Vortrag

Alle Texte der Broschüre gibt es auch zum Anhören
unter <https://gegner.in>



Umsonst & zum Mitnehmen